



BDI-Mittelstandspanel

Ergebnisse der Online-Mittelstandsbefragung
Frühjahr 2013

Untersuchung im Auftrag von:

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)
Breite Straße 29
10178 Berlin
www.bdi.eu

Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Friedrichstraße 140
10117 Berlin
www.de.ey.com

IKB Deutsche Industriebank AG
Wilhelm-Bötzkes-Straße 1
40474 Düsseldorf
www.ikb.de

Wissenschaftliche Bearbeitung:

Institut für Mittelstandsforschung Bonn
Maximilianstraße 20
53111 Bonn

Projektdurchführung: Siegrun Brink, Frank Wallau

Technische Durchführung:

TNS Emnid
Stieghorster Straße 90
33605 Bielefeld

Projektdurchführung: Oliver Krieg, Jörg Erren

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.

| | |
|---|-----------|
| Das Anliegen | 3 |
| | |
| 1 Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen | 4 |
| 1.1 Aktuelle Einschätzungen: Leichte Verbesserung und trübere Aussichten | 4 |
| 1.2 Bürokratische Belastung: Abbau kaum spürbar | 6 |
| | |
| 2 Wirtschaftliche Situation des industriellen Mittelstands | 9 |
| 2.1 Aktuelle und zukünftige Wirtschaftslage: Industrie in robuster Verfassung | 9 |
| 2.2 Betriebswirtschaftliche Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit | 11 |
| | |
| 3 Entwicklung der Unternehmenskennzahlen | 15 |
| 3.1 Umsatzentwicklung: Wachstum setzt sich fort | 15 |
| 3.2 Beschäftigung in der Industrie: Leichtes Plus trotz Wachstumsdelle | 18 |
| | |
| 4 Investition und Finanzierung | 21 |
| 4.1 Stabile Finanzierungsbedingungen der deutschen Industrie | 21 |
| 4.2 Investitionsverhalten der deutschen Industrie: Konstant hohes Niveau | 23 |
| | |
| Anhang | 27 |

Das Anliegen

Die deutschen Industrieunternehmen befinden sich in einem Umfeld, das maßgeblich durch das Andauern der Staatsschuldenkrise und die konjunkturelle Schwäche im Euroraum geprägt wird. Angesichts der Konjunkturprognosen, die für das Jahr 2013 nur von einem schwachen Wirtschaftswachstum unter einem Prozent ausgehen, bleiben die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für den industriellen Mittelstand schwierig und durch Unsicherheiten belastet. Vor diesem Hintergrund und im internationalen Vergleich erwiesen sich die deutschen Industrieunternehmen bisher als überaus robust. Um in diesem Umfeld weiterhin die richtigen Entscheidungen treffen zu können, benötigt der industrielle Mittelstand hinreichende Unterstützung durch Politik, Verbände und Wissenschaft. Nur mithilfe gesicherter Daten aus erster Hand können die Unternehmen und speziell der Mittelstand strategisch und politisch hinreichend bei der Erfüllung ihrer unternehmerischen Aufgaben unterstützt werden.

Im Auftrag des Bundesverbands der Deutschen Industrie e.V. (BDI), der Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft sowie der IKB Deutsche Industriebank AG hat das Institut für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn unter Mitwirkung von TNS Emnid eine Online-Erhebung entwickelt. In der Öffentlichkeit als **BDI-Mittelstandspanel** bezeichnet, liefert die in halbjährlichem Turnus stattfindende Befragung deutscher Industrieunternehmen im nunmehr neunten Jahr aktuelle Informationen über die speziell für den industriellen Mittelstand relevanten betriebswirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Fragestellungen. Hierzu gehört neben der Betrachtung wichtiger betrieblicher Kennzahlen die Analyse der Marktaktivitäten und -bedingungen sowie der Strategien zur Erfüllung der unternehmerischen Kernaufgaben. Darüber hinaus dient das BDI-Mittelstandspanel auch der Beurteilung des Zustands und der Entwicklung der ökonomisch-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Das BDI-Mittelstandspanel bildet somit eine verlässliche empirische Basis, die Unternehmen und Umfeldakteure Entscheidungshilfe bietet. Die Daten werden online unter www.bdi-panel.emnid.de erhoben; dort sind zudem die Ergebnisse aller bisherigen Erhebungswellen dokumentiert.

Im vorliegenden Bericht sind die Ergebnisse der siebzehnten Befragungswelle des BDI-Mittelstandspanels zusammengefasst. Einen Schwerpunkt der Frühjahrsbefragung 2013 bildet die Beurteilung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen sowie der Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung aus Sicht der deutschen Industrieunternehmen. Zudem widmet sich die Befragungswelle den bürokratischen Belastungen im Allgemeinen und den Belastungen aufgrund der Chemikalienverordnung der Europäischen Union (sog. REACH-Verordnung) im Speziellen. Eingebettet in die Beurteilung der aktuellen und der erwarteten Wirtschaftslage werden die zentralen Kennzahlen zu Umsatz, Beschäftigung und Rendite für das Geschäftsjahr 2012 analysiert und die aktuelle Entwicklung von Investitionen und Finanzierungsbedingungen erörtert. Einen weiteren Erhebungsschwerpunkt bilden nach der Befragung im Frühjahr 2009 die laufenden sowie mittel- bis langfristigen betriebswirtschaftlichen Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit.

Zwischen dem 26. Februar und dem 30. April 2013 beteiligten sich 935 Unternehmen an der Erhebung. Allen Teilnehmern danken wir recht herzlich für ihre Unterstützung.

Die Ergebnisse der 17. Erhebungswelle

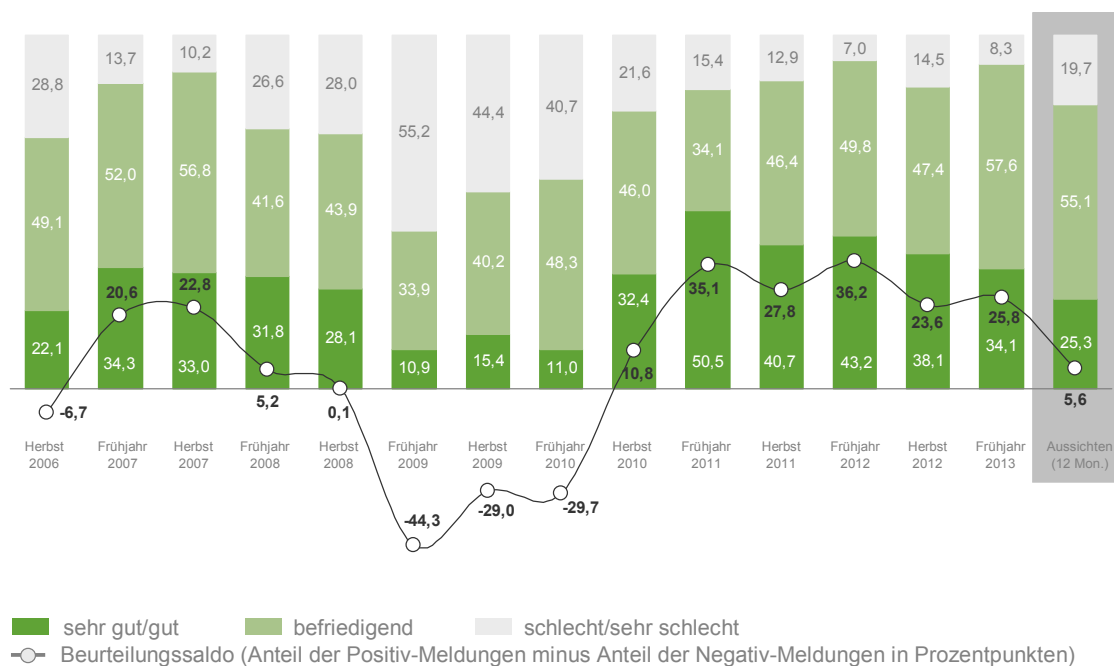
1 Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen

Der industrielle Mittelstand beurteilt die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in der aktuellen Frühjahrsbefragung des BDI-Mittelstandspanels in der Summe mit befriedigend (plus) und votiert damit im Vergleich zur Vorbefragung nahezu unverändert. Für die kommenden zwölf Monate rechnen die Unternehmen – u. a. bedingt durch die weiterhin bestehenden Unsicherheiten hinsichtlich der Euroschuldenkrise – mit einer leichten Verschlechterung der Rahmenbedingungen. Vor diesem Hintergrund kommt der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte eine immer größer werdende Bedeutung zu. Aus Sicht der Unternehmen sollte die Bundesregierung dabei vor allem auf den Abbau von Subventionen und Steuervergünstigungen setzen und Steuererhöhungen vermeiden. Im wirtschaftspolitischen Handlungsfeld Bürokratieabbau sind aus Sicht der Unternehmen weiterhin große Anstrengungen notwendig, da die Unternehmen trotz der bisherigen Abbaubemühungen der Bundesregierung subjektiv keine Entlastung spüren.

1.1 Aktuelle Einschätzungen: Leichte Verbesserung und trübere Aussichten

Die aktuelle Frühjahrsbefragung des BDI-Mittelstandspanels zeigt, dass rund ein Drittel der industriellen Unternehmen die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen derzeit als ‚gut‘ bis ‚sehr gut‘ einschätzt (34,1%). Im Vergleich zum Herbst 2012 ist dieser Anteilswert leicht gesunken. Gleichzeitig ist der Anteil der Unternehmen, die mit den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen nicht zufrieden sind, deutlich zurückgegangen. Bewerteten im Herbst 2012 noch 14,5% der Industrieunternehmen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen als ‚schlecht‘ bis ‚sehr schlecht‘, sind es aktuell nur 8,3% – der zweitniedrigste Anteilswert seit Beginn der Analysen (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1
Einschätzung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen im Zeitverlauf



Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 895

© IfM Bonn 1/2013

Aufgrund dieser Entwicklung stieg im Frühjahr 2013 der Beurteilungssaldo¹ für die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen auf 25,8 Prozentpunkte an. Im Vergleich zur Herbstbefragung 2012 ein leichtes Plus von 2,2 Punkten. Dabei sind Unternehmen mit mehr als 100 Mitarbeitern insgesamt etwas zufriedener mit den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Fast vier von zehn Unternehmen dieser Größe stufen die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen derzeit als ‚gut‘ bis ‚sehr gut‘ ein. Für die Unternehmen dieser Unternehmensgrößenklasse liegt der aktuelle Beurteilungssaldo bei rund 30 Prozentpunkten. Zudem ist festzustellen, dass insbesondere Unternehmen mit einer hohen Exportorientierung² die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen derzeit als ‚schlecht‘ bis ‚sehr schlecht‘ bewerten.

Für die Zukunft nur befriedigende wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen erwartet

Der Ausblick für das Frühjahr 2014 offenbart, dass die industriellen Unternehmen von einer erneuten Verschlechterung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen ausgehen. Positive Rahmenbedingungen im nächsten Jahr werden noch von jedem vierten Industrieunternehmen erwartet. Gleichzeitig steigt die Zahl der Negativ-Voten auf 19,7 %. In der Summe bleibt der Beurteilungssaldo mit 5,6 Prozentpunkten im positiven Bereich. Gegenüber der Herbstbefragung 2012, wo die Unternehmen überwiegend von schlechten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den nächsten zwölf Monaten ausgegangen waren, stellt dieses befriedigende Votum somit eine leichte Verbesserung dar.

In der Beurteilung der Unternehmen spiegelt sich sicherlich die bestehende Verunsicherung über die Lösung der Staatsschuldenkrise wider. Entsprechend bewertet ein Viertel der Unternehmen mit hoher Exportorientierung die zukünftigen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen negativ. Es ist zu vermuten, dass diese Unternehmen – wie schon im Herbst 2012 – ihr Urteil aufgrund ihrer internationalen Verflechtung stärker von der europäischen Staatsschuldenkrise abhängig machen. Möglicherweise gehen diese Unternehmen davon aus, dass sich in den Eurokrisenstaaten die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in den nächsten zwölf Monaten nicht nachhaltig verbessern werden. Zudem stehen im Herbst Bundes- und Landtagswahlen an, was erfahrungsgemäß die politischen Handlungsspielräume wahlkampfbedingt begrenzt, bis die Bildung einer neuen Regierung abgeschlossen ist. In der Summe sind daher – so zeigen es auch die Erfahrungen – in den nächsten Monaten kaum wirtschaftspolitische Impulse zu erwarten.

Haushaltskonsolidierung: Deutsche Industrie lehnt Subventionen ab

Deutschland erzielte beim Staatshaushalt, Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung folgend, im Jahr 2012 erstmals seit fünf Jahren und als einziges Land innerhalb der Eurozone wieder einen Finanzierungsüberschuss und zwar in Höhe von 4,2 Milliarden Euro bzw. 0,2 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Grund hierfür war jedoch nicht eine Reduzierung der Ausgaben, sondern ein starker Anstieg der Einnahmen aufgrund der positiven Entwicklung von Konjunktur und Arbeitsmarkt. Nichtsdestotrotz betrug der Schuldenstand zum Jahresanfang rd. 2,17 Billionen Euro (81,9 % des BIP). Vor diesem Hintergrund und angesichts der Erfahrungen in und mit den Eurokrisenländern hat die Haushaltskonsolidierung in den letzten Jahren als wirtschaftspolitisches Thema enorm an Bedeutung gewonnen. Der wichtigste Baustein auf dem Konsolidierungspfad ist aus der Sicht von über 80 % der Industrieunternehmen der Abbau von Subventionen und Steuervergünstigungen – unabhängig von Unternehmensgröße und Exportorientierung (vgl. Abbildung 2).

Weitere Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung finden in der industriellen Unternehmerlandschaft keine breite Mehrheit. Beispielsweise wird eine Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge zur Reduzierung des Bundeszuschusses von über 97 % der Unternehmen abgelehnt. Die Unternehmen fürchten Einbußen bei der Wettbewerbsfähigkeit aufgrund einer daraus folgenden Erhöhung der Lohnzusatzkosten. Diese ablehnende Haltung ist zudem vor dem Hintergrund zu sehen, dass speziell in den Eurokrisenstaaten ein Absinken des Lohnniveaus zu verzeichnen ist.

¹ Saldo aus positiven und negativen Einschätzungen.

² Unternehmen mit hoher Exportorientierung verfügen über eine Exportquote von über 43,0 %.

Abbildung 2
Maßnahmen zur Konsolidierung des Bundeshaushalts aus Sicht der Industrie



Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Mehrfachnennungen | Basis: n = 922 (1865 Antworten)

© IfM Bonn 1/2013

Gesetzliche Sozialversicherung entlasten

Mittel- bis langfristig ist es nach Meinung der Unternehmen erforderlich, die sozialen Sicherungssysteme „demographiefest“ zu gestalten. Ohne notwendige Anpassungen an die demographische Entwicklung wird die Kopplung der Sozialversicherungsbeiträge an die Lohneinkommen mehr und mehr zu einer massiven Belastung des Faktors Arbeit führen und damit die Wettbewerbsfähigkeit der industriellen Unternehmen gefährden. Daher plädieren knapp vier von zehn der industriellen Unternehmen (39,3 %) für eine Stärkung der privaten Vorsorge, um die Sozialversicherungen mittelfristig zu entlasten.

Steuererhöhungen finden auf dem Weg zur Haushaltskonsolidierung dagegen keine breite Zustimmung bei den Industrieunternehmen. Dies gilt nicht nur für die Belastung höherer Einkommen, sondern insbesondere für die Einführung der Vermögenssteuer, die von rund 70 % bzw. 80 % der Industrieunternehmen abgelehnt werden. Zudem würden eher kleineren Unternehmen (weniger als 100 Beschäftigte) beide Maßnahmen hinnehmen, während mit mehr als 80 % bzw. rund 90 % eine große Mehrheit der Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten dem ablehnend gegenübersteht. Eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer bzw. eine Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes lehnen rund 85 % der Unternehmen ab.

1.2 Bürokratische Belastung: Abbau kaum spürbar

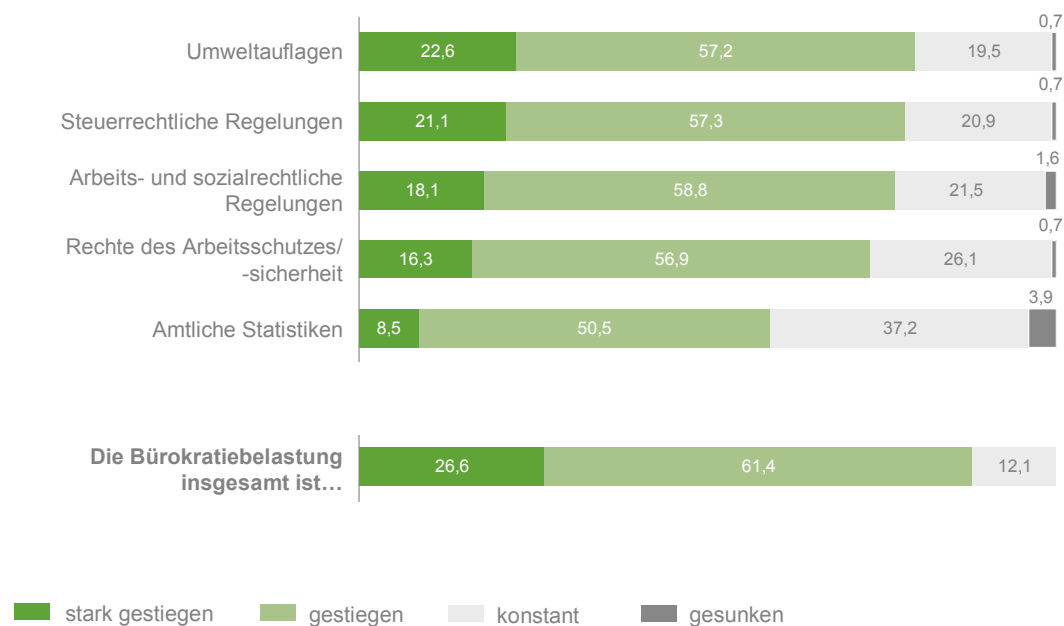
Die bürokratischen Belastungen, die den Unternehmen aufgrund gesetzlich vorgeschriebener Pflichten entstehen, wurden in vergangenen Befragungen des BDI-Mittelstandspanels³ immer wieder als Hemmnis für das eigene wirtschaftliche Fortkommen genannt. In den vergangenen beiden Legislaturperioden hat die Bundesregierung im Bereich Bürokratieabbau vieles auf den Weg gebracht. So wurde bis Ende 2012 ein Viertel der jährlich auf rund 50 Milliarden Euro durch Informationspflichten bezifferten Bürokratiekosten abgebaut. Nun stellt sich die Frage,

³ Siehe beispielsweise Herbst 2010.

wie die Unternehmen die Entwicklung der bürokratischen Belastung in den letzten fünf Jahren insgesamt und in einzelnen Belastungsbereichen wahrgenommen haben.

Die Ergebnisse der aktuellen Frühjahrsbefragung sind ernüchternd. Keines der über 900 antwortenden Unternehmen bestätigte das Absinken der bürokratischen Belastungen in den letzten fünf Jahren. Vielmehr gaben fast neun von zehn Unternehmen unabhängig von Unternehmensgröße und Exportorientierung an, dass die Bürokratiebelastung entweder gestiegen (61,4 %) oder sogar stark gestiegen (26,6 %) sei (vgl. Abbildung 3).

Abbildung 3
Entwicklung der bürokratischen Belastungen in den letzten 5 Jahren



Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 883

© IfM Bonn 1/2013

Betrachtet man die Entwicklung der empfundenen Belastung in den abgefragten Einzelbereichen, ergibt sich der Befund, dass die Zunahme der Belastung in allen bürokratischen Bereichen etwas weniger stark ausfällt als es die Zunahme der Gesamtbelastung vermuten lässt. In der Summe ergeben die unterschiedlich starken Einzeleffekte ein überdurchschnittlich negatives Urteil über die Entwicklung der Gesamtbelastung.

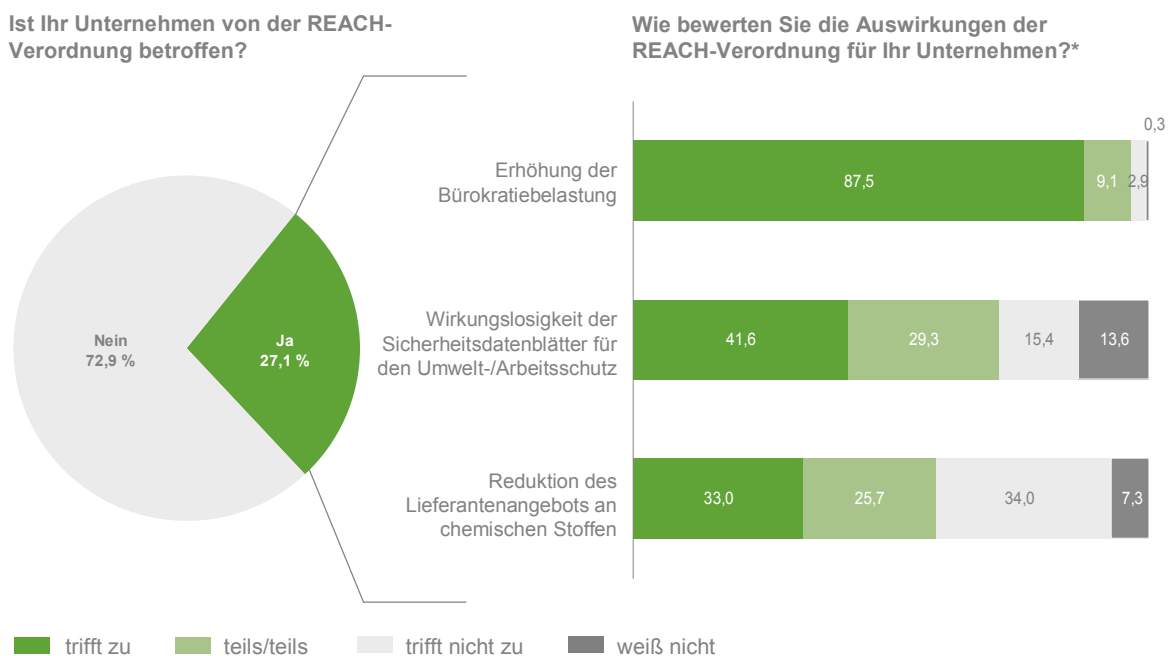
Amtliche Statistiken: Mehrbelastung am niedrigsten

Differenziert nach Bereichen, ist festzustellen, dass die Unternehmen den stärksten Anstieg der Bürokratiebelastungen im Umweltbereich wahrnehmen, gefolgt von steuerrechtlichen sowie arbeits-/sozialrechtlichen Regelungen. Im Bereich amtlicher Statistiken sind die Mehrbelastungen aus Sicht der Unternehmen in den letzten fünf Jahren vergleichsweise weniger stark gestiegen: Rund 4 % der Unternehmen verspüren einen Rückgang, während vier von zehn Unternehmen keine Veränderung wahrgenommen haben. Die Mehrheit der Unternehmen empfindet aber auch hier eine Zunahme der bürokratischen Belastung (59,0 %). Eine mögliche Erklärung für den subjektiv wahrgenommenen Anstieg der Bürokratiebelastung könnte zum einen sein, dass die Unternehmen nicht nur die Informationspflichten als bürokratische Belastung empfinden, sondern auch die zur Umsetzung gesetzlicher Vorgaben notwendigen Erfüllungskosten. Zum anderen entstehen durch neue Gesetze auf nationaler und europäischer Ebene zusätzliche bürokratische Belastungen.

REACH-Verordnung wird als sehr bürokratisch empfunden

Ein Beispiel hierfür stellt die Chemikalienverordnung, kurz REACH-Verordnung, der Europäischen Union (EU) dar.⁴ Seit ihrem Inkrafttreten zum 1. Juni 2007 muss in Etappen der Großteil alle in der EU hergestellten oder in die EU importierten chemischen Stoffe erfasst und kategorisiert, deren Auswirkungen auf Umwelt und Gesundheit getestet und mittels umfangreicher Dossiers bei der Europäischen Chemikalienagentur ECHA in Helsinki registriert werden. In der aktuellen Frühjahrsbefragung wurden die deutschen Industrieunternehmen zu einzelnen Belastungsaspekten der REACH-Verordnung für ihr Unternehmen befragt. Nach eigenen Angaben fallen insgesamt knapp drei von zehn Industrieunternehmen in den Regelungsbereich der REACH-Verordnung (27,1 %; vgl. Abbildung 4). Dabei steigt der Anteil der betroffenen Unternehmen mit der Unternehmensgröße: Unter den Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten fällt bereits jedes zweite in den Geltungsbereich dieser Verordnung – erwartungsgemäß werden vor allem die Hersteller von Vorleistungsgütern erfasst.

Abbildung 4
Die REACH-Verordnung aus Sicht der deutschen Industrie



Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 914
 *Daten ungewichtet | Basis: n = 382

© IfM Bonn 1/2013

Die Bewertung der Auswirkungen der REACH-Verordnung durch die betroffenen Unternehmen fällt eindeutig aus: Neun von zehn Unternehmen stimmen der Aussage zu, dass die REACH-Verordnung die Bürokratiebelastungen für das Unternehmen erhöht hat (87,5 %). Zudem geben vier von zehn betroffenen Unternehmen an, dass die gemäß REACH-Verordnung erforderlichen Sicherheitsdatenblätter wirkungslos für den Umwelt-/Arbeitsschutz seien, weitere 30 % der Unternehmen bestätigen dieses Votum in Teilen. Allerdings räumt rund jedes achte der betroffenen Unternehmen ein, dies nicht einschätzen zu können. Zu einer Reduzierung des Lieferangebots an chemischen Stoffen führte die REACH-Verordnung – mindestens in Teilen – bereits in sechs von zehn der betroffenen Unternehmen.

⁴ Die REACH-Verordnung (EG Nr. 1907/2006) regelt die Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung von Chemikalien. Als EU-Verordnung besitzt sie gleichermaßen und unmittelbar in allen Mitgliedstaaten Gültigkeit.

Insgesamt deuten die Befragungsergebnisse zur Entwicklung der bürokratischen Belastung darauf hin, dass ein weiterer Bürokratieabbau auch im Frühjahr 2013 ein Anliegen der Industrieunternehmen bleibt. Um eine dauerhafte und spürbare Entlastung der Unternehmen zu erreichen, ist zu begrüßen, dass der Abbau von Bürokratie seitens der Bundesregierung seit dem Jahr 2011 nicht mehr nur auf den Abbau von Informationspflichten beschränkt ist. Zusätzlich wird nun auch der Erfüllungsaufwand, also der Zeit- und Kostenaufwand bei der Implementierung von Bundesgesetzen, als bürokratische Belastung betrachtet und von der Bundesregierung im Rahmen ihrer Bemühungen zum Bürokratieabbau berücksichtigt.

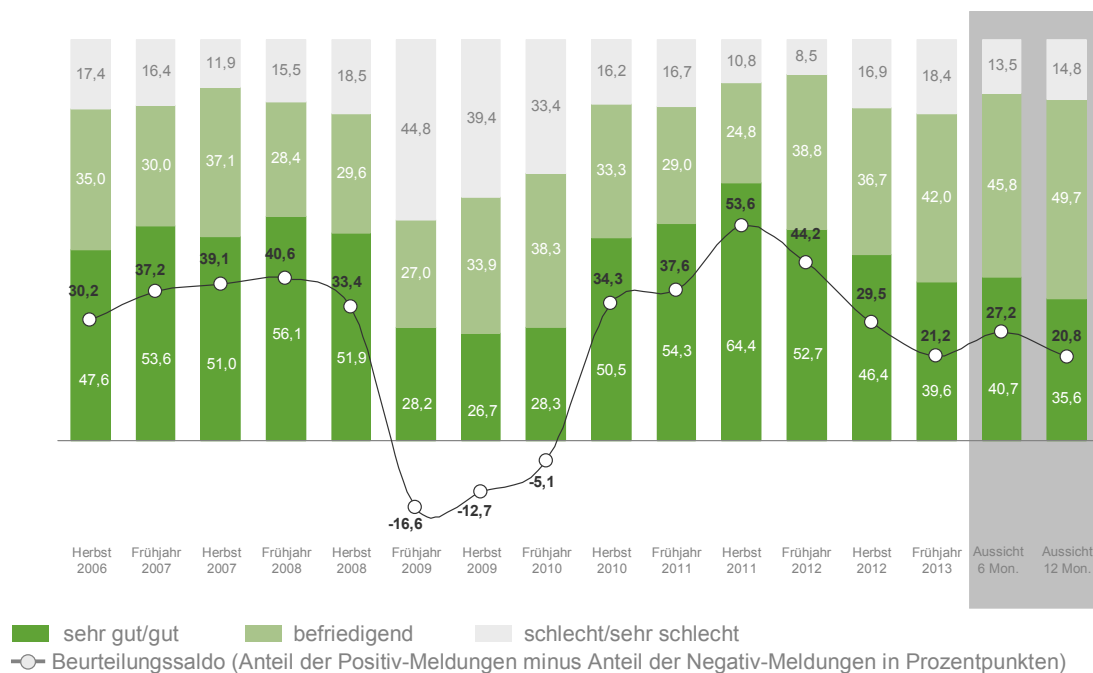
2 Wirtschaftliche Situation des industriellen Mittelstands

Unter dem Eindruck einer sich abschwächenden Wirtschaft am Ende des vergangenen Jahres und der damals wie heute bestehenden Risiken der Staatsschuldenkrise im Euroraum zeigen sich die deutschen Industrieunternehmen aktuell in einer robusten Verfassung. Der industrielle Mittelstand schaut positiv in die Zukunft und erwartet auf Halbjahres- und Jahressicht eine positive Entwicklung der Geschäftslage. Um für die Zukunft gerüstet zu sein, setzen die Unternehmen auf die Erhöhung ihrer Servicequalität und eine intensivere Vermarktung ihrer Produkte. Mittel- bis langfristig stehen die Weiterentwicklung des Personals, die Neuentwicklung von Produkten und Produktionsprozessen sowie die Erschließung neuer Geschäftsfelder auf der Agenda der Unternehmen, um die eigene Wettbewerbsposition zu sichern.

2.1 Aktuelle und zukünftige Wirtschaftslage: Industrie in robuster Verfassung

In der Herbstbefragung 2012 schätzten die deutschen Industrieunternehmen ihre zukünftigen Geschäftsaussichten vor dem Hintergrund der konjunkturellen Entwicklung insbesondere im Euroraum eher skeptisch ein. In der aktuellen Frühjahrsbefragung bestätigen sich die Prognosen von damals – der Anteil der Unternehmen mit guten Lageeinschätzungen sinkt um sieben Prozentpunkte auf 39,6 %, während der Anteil derjenigen mit schlechten Einschätzungen nur leicht zunimmt (18,4 %; vgl. Abbildung 5).

Abbildung 5
Einschätzung der eigenen Wirtschaftslage im Zeitverlauf



Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 933

© IfM Bonn 1/2013

Im Ergebnis sinkt der Beurteilungssaldo (als Differenz aus positiven und negativen Einschätzungen) auf 21,2 Prozentpunkte, er bleibt aber noch deutlich über dem im Herbst 2012 prognostizierten Wert von 11,4. Somit ist die konjunkturelle Abschwächung, die insbesondere den Euroraum betrifft, spürbar, hat sich aber nicht in dem Maße auf die Wirtschaftslage der Industrieunternehmen ausgewirkt wie noch vor einem halben Jahr befürchtet.

Die überwiegend durch finanzpolitische und finanzmarktbedingte Unsicherheiten hervorgerufenen konjunkturellen Risiken spüren besonders Unternehmen mit einer hohen Exportorientierung, die deutlich seltener als binnenorientierte Unternehmen angeben, sich in einer „sehr guten“ bzw. „guten“ wirtschaftlichen Lage zu befinden. Diese Unternehmen sind in ihrem wirtschaftlichen Fortkommen in besonderem Maße von der Nachfrage aus dem Ausland abhängig, wobei die Länder der EU und des Euroraums zu den wichtigsten Absatzgebieten zählen.

Geschäftsaussichten: Verbesserung im laufenden Jahr erwartet

Auf Halbjahressicht sind die Unternehmen deutlich optimistischer in Bezug auf ihre eigene Wirtschaftslage: Der überwiegende Teil der Unternehmen prognostiziert zwar weiterhin befriedigende Geschäftsaussichten (45,8 %). Der Anteil der Unternehmen, die in den nächsten sechs Monaten eine gute Geschäftslage erwarten, steigt jedoch leicht an. In der Summe steigt der Beurteilungssaldo auf Halbjahressicht wieder auf 27,2 Prozentpunkte.

Die sich in der Halbjahresprognose zeigende Aufwärtsbewegung setzt sich auf Jahressicht jedoch nicht fort. Die Erwartungen der Unternehmen für die kommenden zwölf Monate trüben sich leicht ein, der Erwartungssaldo fällt auf 20,8 Prozentpunkte. Erfreulich dabei: Die allmähliche Belebung der Weltwirtschaft und die vorsichtigen Anzeichen einer konjunkturellen Stabilisierung im Euroraum hellen insbesondere die Erwartungen der größeren (mehr als 100 Beschäftigte) und der auslandsaktiven Industrieunternehmen auf. Von den Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten geht auf Jahressicht mehr als jedes vierte von einer „sehr guten“ bis „guten“ Geschäftslage aus – ebenso viele wie von den Unternehmen mit einer hohen Exportorientierung.

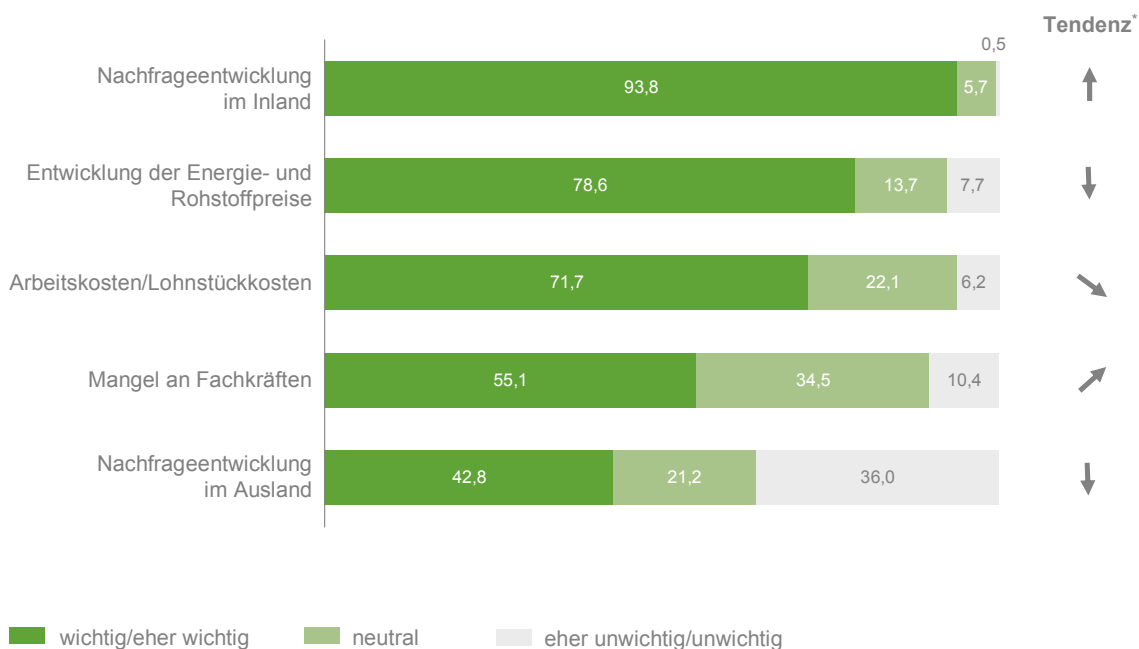
Binnenkonjunktur und Energie-/Rohstoffpreise entscheidend für Wachstum

Politik und Wissenschaft diskutieren seit geraumer Zeit die Vor- und Nachteile der starken Exportorientierung der deutschen Wirtschaft. Insbesondere vor dem Hintergrund der konjunkturell durchaus stabilen Verfassung, die die deutsche Volkswirtschaft trotz der Schiefelage wichtiger Handelspartner halten konnte, gilt eine Stärkung der Binnen nachfrage als weiterer Stabilitätsanker. Die Bedeutung der Binnenkonjunktur wird durch einen Blick auf die Faktoren, die aus Sicht der Industrie die wirtschaftliche Entwicklung maßgeblich beeinflussen, bestätigt: 93,8 % der Unternehmen benennen die Entwicklung der Inlandsnachfrage als entscheidenden Faktor (vgl. Abbildung 6).

Ein Dauerthema bleiben auch die Preise für Energie und Rohstoffe. Rund acht von zehn Unternehmen stufen deren Entwicklung als wichtig für ihre zukünftigen Geschäftsaussichten ein – etwas weniger als 2010 (84,2 %) – dies gilt insbesondere für Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten. Der industrielle Mittelstand verfügt also bereits seit Jahren über ein hohes Problembewusstsein was die Versorgung mit Energie und Rohstoffen und die damit verbundenen Risiken betrifft. Weniger dürfte ihnen dabei die geologische Verfügbarkeit Sorgen machen, vielmehr spielen hier Preissteigerungen und -schwankungen, eine weltweit steigende Nachfrage und die politisch oft instabile Lage rohstoffreicher Länder eine Rolle.

Aus Sicht der Unternehmen haben auch die Arbeitskosten einen erheblichen Einfluss auf ihre zukünftige Wirtschaftslage (71,7 %). Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes für das Jahr 2012 lagen die Arbeitskosten je geleisteter Arbeitsstunde im deutschen Verarbeitenden Gewerbe um 47 % über dem EU-Durchschnitt. Nach einem krisenbedingten Anstieg der Lohnstückkosten war diese wichtige Kennzahl durch eine verbesserte Kapazitätsauslastung in den Jahren 2010 und 2011 zwar wieder gesunken. Die konjunkturelle Schwächeperiode Ende letzten Jahres ließ die Kosten jedoch erneut steigen. Damit die Industrie im internationalen Wettbewerb bestehen kann, dürfen die Arbeits- und Lohnkosten (einschließlich Lohnzusatzkosten) auch zukünftig nicht übermäßig steigen. Dies gilt insbesondere angesichts der notwendigen Anpassungen, die die Eurokrisenländer zur Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit in dieser Hinsicht durchlaufen müssen.

Abbildung 6
Einflussfaktoren der zukünftigen Wirtschaftslage aus Sicht der Industrie



*Tendenzielle Entwicklung im Vergleich zum Herbst 2010
Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 899

© IfM Bonn 1/2013

Mangel an Fachkräften von zunehmender Bedeutung

Mehr als die Hälfte der deutschen Industrieunternehmen – insbesondere binnenorientierte – bewertet den Mangel an Fachkräften als bedeutend für die eigenen Geschäftsaussichten. Seit der Wirtschaftskrise 2008/2009 gewinnt dieser Faktor zunehmend an Bedeutung. Dass das Angebot an Fachkräften zunehmend zum Problem werden könnte, sehen vor allem Unternehmen so, die sich momentan in guter wirtschaftlicher Verfassung befinden bzw. von einer positiven Entwicklung ihrer Geschäftslage im Jahr 2013 ausgehen (62,3 % bzw. 73,6 %). Auch Unternehmen, die für das Jahr 2013 Personal einstellen wollen, bewerten den Mangel an Fachkräften überdurchschnittlich häufig als wichtig für ihre zukünftigen Geschäftsaussichten.

Nachfrageentwicklung im Ausland für größere Unternehmen wichtiger

Insgesamt von geringerer Bedeutung ist – bezogen auf alle Unternehmen – die Nachfrageentwicklung im Ausland, die rund vier von zehn Unternehmen als wichtig einstufen. Hier zeigen sich jedoch erhebliche Unterschiede in Abhängigkeit von der Unternehmensgröße: Über 85 % der Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten beurteilen diesen Faktor als wichtig, während es in der Gruppe der kleineren Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten nur vier von zehn sind. Mit der Unternehmensgröße steigt der Anteil der exportierenden Unternehmen und damit auch die Bedeutung der Nachfrageentwicklung auf ausländischen Absatzmärkten für die wirtschaftliche Entwicklung.

2.2 Betriebswirtschaftliche Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit

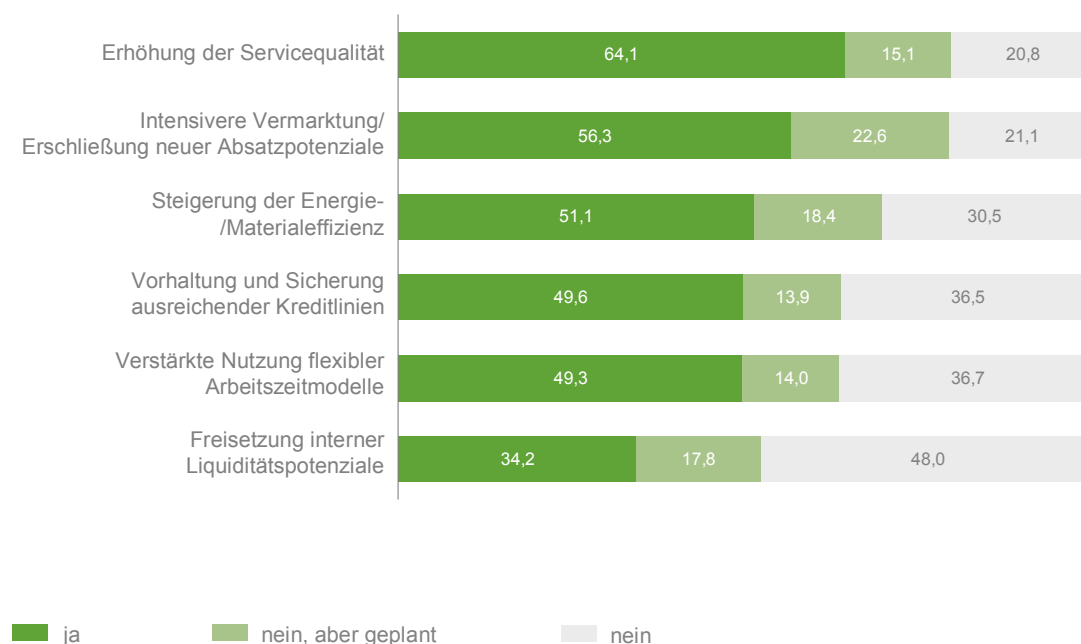
Obwohl die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland im Verlauf des vergangenen Jahres an Schwung verloren hat, ist die deutsche Wirtschaft und insbesondere die deutsche Industrie in einer recht guten Verfassung. Für das Jahr 2013 stehen die Zeichen auf „wirtschaftliche Erholung“ – doch Risiken bleiben. Sorge bereiten den Unternehmen nicht nur die Eurokrise und ihre möglichen konjunkturellen und finanzpolitischen Konsequenzen; auch die Finanzpolitik der USA, die zur Abschwächung der Nachfrage führen könnte, dürfte die Unternehmen beunruhigen.

gen. Vor diesem Hintergrund gaben die deutschen Industrieunternehmen in der aktuellen Frühjahrsbefragung des BDI-Mittelstandspanels Auskunft über ihre laufenden sowie die mittel- bis langfristig geplanten Maßnahmen zur Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit.

Absatzpolitische Maßnahmen ganz oben auf der Agenda

Als wichtigsten Einflussfaktor für die Entwicklung der eigenen Geschäftsaussichten benannten die Industrieunternehmen die Entwicklung der Inlandsnachfrage. Zur Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit – nicht zuletzt auch auf internationalen Märkten – setzen die Unternehmen am häufigsten auf Maßnahmen zur Absatzförderung. Das am weitesten verbreitete Instrument stellt dabei die Erhöhung der Servicequalität dar, an deren Verbesserung aktuell fast zwei Drittel der Unternehmen arbeiten (64,1 %; vgl. Abbildung 7). Um die eigene Position am Markt zu festigen, versuchen 56,3 % der Unternehmen, die Vermarktung ihrer Produkte zu intensivieren und neue Absatzpotenziale zu erschließen. Weitere 22,6 % der Unternehmen planen derartige Maßnahmen. Der Anteil der Unternehmen, die auf diese Weise den Absatz ihrer Produkte ankurbeln, steigt mit der Unternehmensgröße sukzessiv von 52,0 % auf 81,2 % an.

Abbildung 7
Aktuelle Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit



Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 890

© IfM Bonn 1/2013

Auf Rang drei der Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit steht mit einem Anteil von 51,1 % die Steigerung der Energie- und Materialeffizienz. Auch dies korrespondiert mit der Einschätzung der Unternehmen, die die Entwicklung der Energie- und Rohstoffpreise als zweitwichtigsten Faktor für ihre zukünftigen Geschäftsaussichten einstufen. Deutliche Unterschiede zeigen sich hier in Abhängigkeit von der Größe eines Unternehmens: Der Anteil der Unternehmen, die aktuell entsprechende Maßnahmen durchführen, steigt mit der Unternehmensgröße von 50 auf fast 90 % an.

Aspekte der Liquiditätssicherung verlieren an Bedeutung

Rund die Hälfte der deutschen Industrieunternehmen setzt auf Maßnahmen zur verstärkten Nutzung flexibler Arbeitszeitmodelle (49,3 %). Durch eine flexible Gestaltung der Arbeitszeiten werden größere Spielräume zur

Abfederung von konjunkturellen Schwankungen geschaffen – Arbeitskräfte können so eingesetzt werden, wie es die Auftragslage es erfordert. Darüber hinaus bieten sich Vorteile bei der Personalsicherung und -gewinnung, indem flexible Arbeitszeiten zu einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie beitragen oder die Durchführung von Weiterqualifizierungsmaßnahmen erleichtern. Damit kann letztendlich auch dem Fachkräftemangel entgegengewirkt werden.

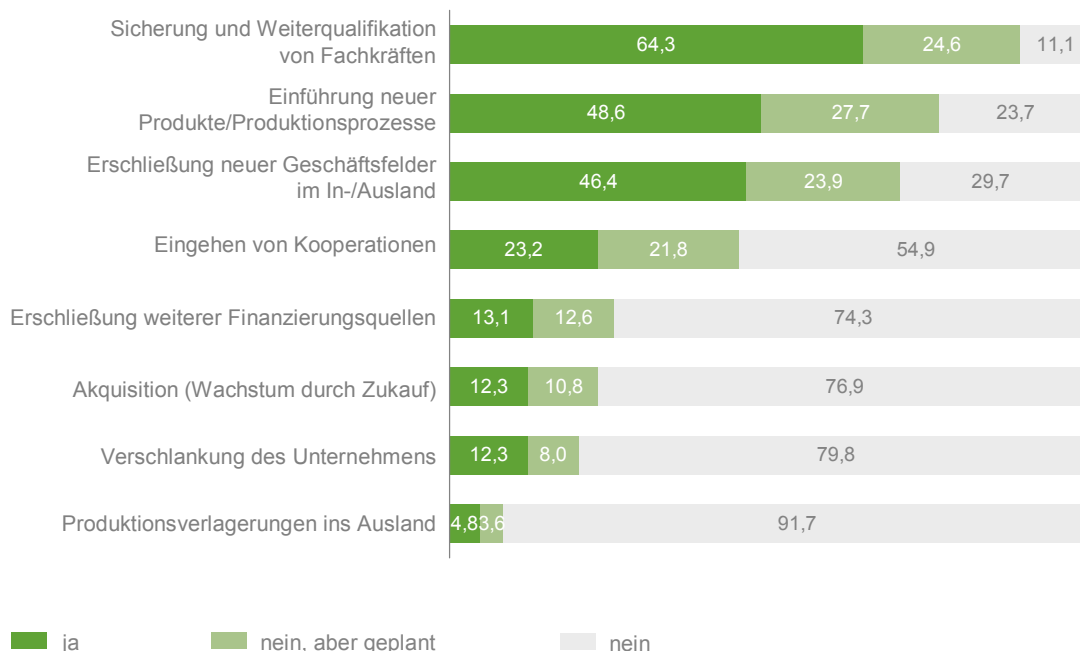
Instrumente zur Sicherung der Liquidität verlieren im Vergleich zum Frühjahr des Krisenjahres 2009 an Bedeutung. Hielten und sicherten damals noch sechs von zehn Unternehmen Kreditlinien in ausreichendem Umfang, setzt aktuell rund die Hälfte auf dieses Instrument zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit. Ein Drittel der Unternehmen arbeitet an Maßnahmen zur Freisetzung interner Liquiditätspotenziale; deutlich weniger Unternehmen als im Verlauf der Finanz- und Wirtschaftskrise (2009: 55,8 %). Entsprechend rangieren beide Instrumente der Liquiditätssicherung in der Gesamtschau der Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit auf den hinteren Plätzen.

Schlüssel für mittel- bis langfristige Wettbewerbsfähigkeit: Personalentwicklung und -sicherung

Neben den zuvor beschriebenen Instrumenten zur Sicherung der Wettbewerbsposition in der kurzen Frist thematisierte die vorliegende Erhebung auch mittel- bis langfristige ausgerichtete Maßnahmen. Um für die Zukunft gerüstet zu sein, steht für die deutschen Industrieunternehmen insbesondere die Sicherung von Humankapital im Fokus. Das mit Abstand am häufigsten genutzte Instrument zur Wahrung der eigenen wirtschaftlichen Position ist die Sicherung und Qualifizierung von Fachkräften (64,3 %, vgl. Abbildung 8).

Abbildung 8

Mittel- bis langfristige Maßnahmen zur Sicherung der zukünftigen Wettbewerbsfähigkeit



Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 901

© IfM Bonn 1/2013

Neue Technologien, demografische Entwicklungen, eine zunehmende Tertiärisierung und Internationalisierung stellen die Unternehmen vor immer neue Herausforderungen, die sie nur mit entsprechend aus- und weitergebildetem Personal bewältigen können. Das sehen insbesondere Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten so: Acht von zehn dieser Unternehmen setzen auf die Mitarbeiterqualifizierung und -sicherung, um ihre Wettbewerbsposition auch in Zukunft halten zu können.

Eine qualifizierte Belegschaft sichert nicht zuletzt die Innovationsfähigkeit eines Unternehmens, die ebenfalls als wichtiges Element zur Erhöhung der Absatz- und Wachstumschancen eingestuft wird. Rund die Hälfte der Unternehmen rüstet sich über die Einführung neuer Produkte und Produktionsprozesse für die Zukunft. Die Erschließung neuer Geschäftsfelder – eine sehr weitreichende Form der Innovation – wagen aktuell 46,4 %. Geprägt von dem Nachfrageeinbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise, hatten im Frühjahr 2009 sieben von zehn Unternehmen einen derartigen Weg eingeschlagen. Damals war dies mit Rangplatz eins das bedeutendste Instrument zur Krisenbewältigung und auch heute zählt es zu den drei wichtigsten Maßnahmen, um für die Zukunft gerüstet zu sein. Diese drei Maßnahmen nutzen nicht nur aktuell die meisten Unternehmen, um mittel- bis langfristige Wettbewerbsposition halten zu können, auch der Anteil der planenden Unternehmen ist am höchsten (zwischen 23,9 und 27,7 %).

Die übrigen Instrumente auf der Liste der mittel- bis langfristigen Maßnahmen zur Sicherung der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung bleiben deutlich hinter den ersten drei Rängen zurück, obwohl sie im Einzelfall durchaus von großer Bedeutung sind. Die Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen ist in der deutschen Industrie weit verbreitet, nur knapp ein Viertel der Unternehmen sehen in Kooperationen allerdings ein probates Mittel, um ihre unternehmerischen Chancen zu verbessern. Insbesondere kleine Mittelständler (weniger als 100 Beschäftigte) zeigen sich hier zurückhaltend. Wie die momentan günstigen Finanzierungsmöglichkeiten vermuten lassen, ist die Erschließung weiterer Finanzquellen nur für rund jedes achte Unternehmen Bestandteil einer mittel- bis langfristigen Wachstumsstrategie.

Konsolidierungstendenzen in der Industrie rückläufig

Die Konsolidierungstendenzen im industriellen Mittelstand nehmen ab. Lediglich knapp jedes achte Unternehmen plant die Veräußerung von Betrieben bzw. die Schließung von Geschäftsfeldern – halb so viele wie noch im Frühjahr 2009. Gleichzeitig streben auch nur wenige Unternehmen ein Wachstum durch den Zukauf anderer Unternehmen oder Unternehmensteile an. Nur 12,3 % der Unternehmen geben an, konkrete Übernahmeabsichten zu haben. Während nur wenige kleinere Unternehmen Unternehmenszukäufe als Wachstumsstrategie in Betracht ziehen, plant ein Viertel der Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten auf diesem Weg zu wachsen. Da ein externes Wachstum einen gesicherten Zugang zu Finanzmitteln erfordert, überrascht nicht, dass Unternehmen in guter bis sehr guter wirtschaftlicher Verfassung überdurchschnittlich häufig auf diesen Wachstumspfad setzen.

Auch mit dem Standort Deutschland scheint die Industrie weitestgehend zufrieden zu sein. Lediglich knapp 5 % der Unternehmen verlagert die Produktion ins Ausland, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Die Einrichtung von Auslandsstandorten ist besonders für größere Unternehmen (mehr als 250 Beschäftigte) ein Thema: Für ein fünftel dieser Unternehmen gehören Produktionsverlagerungen ins Ausland zu ihrer mittel- bis langfristigen Wachstumsstrategie.

Damit bleibt zusammenfassend zu konstatieren, dass sich die deutsche Industrie nach eigenen Angaben derzeit in einer überwiegend befriedigenden Geschäftslage befindet. Für das laufende Jahr ist mit einer Verbesserung der Wirtschaftslage zu rechnen. Die Geschäftsaussichten der Industrieunternehmen werden maßgeblich von der Entwicklung der Binnenkonjunktur und der Energie- und Rohstoffpreisen beeinflusst. Um für die Zukunft gerüstet zu sein, konzentrieren sich die Unternehmen auf die eigenen Mitarbeiter und die bestehenden Märkte, wollen dort mehr Kunden gewinnen und besseren Service bieten.

3 Entwicklung der Unternehmenskennzahlen

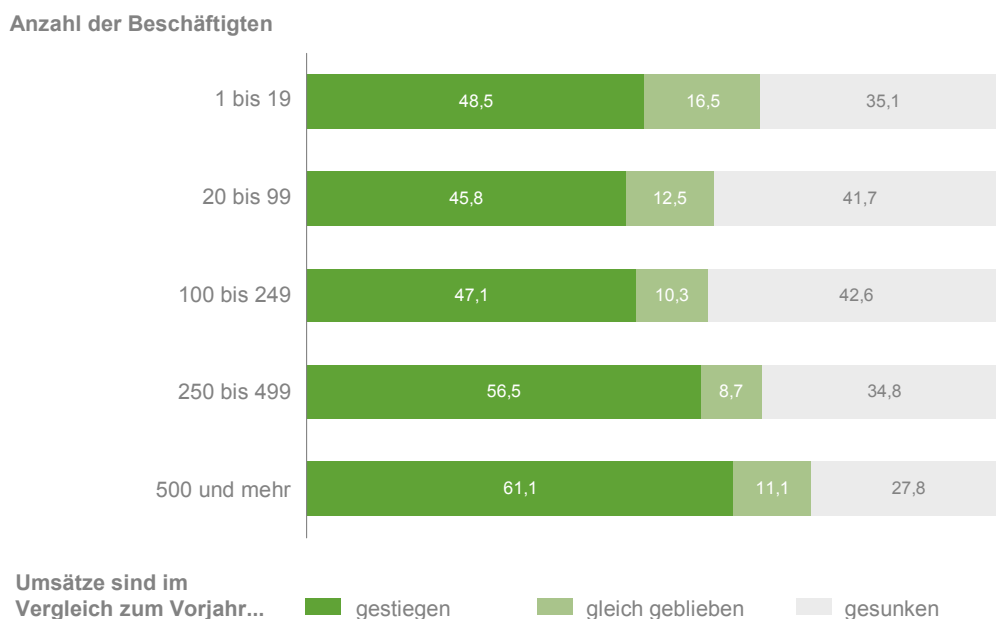
Der aktuell robuste Zustand der deutschen Industrieunternehmen lässt sich auch an den Unternehmenskennzahlen für 2012 ablesen: Die Gesamtumsätze in der Industrie stiegen um 3,0 % und auch die Umsatzrendite bleibt im Vergleich zum Vorjahr auf konstant hohem Niveau. Im Hinblick auf die Entwicklung der Beschäftigung zeigt sich für 2012 ebenfalls insgesamt ein positives Bild. Mehr als ein Drittel der Unternehmen haben Arbeitskräfte eingestellt – allerdings mussten auch drei von zehn Unternehmen Beschäftigung abbauen. Die Aussichten für den weiteren Jahresverlauf sind gemischt, vor allem kleinere Unternehmen blicken pessimistischer in die Zukunft.

3.1 Umsatzentwicklung: Wachstum setzt sich fort

Trotz der Abschwächung der konjunkturellen Dynamik am Ende des Jahres 2012 entwickelten sich die Gesamtumsätze der deutschen Industrie positiv. Nach einem Wachstum von knapp 7 % im Vorjahr stieg der Gesamtumsatz in 2012 um 3,0 %. Leidtragende der konjunkturellen Schwächeperiode waren insbesondere die binnenmarktorientierten Unternehmen, die deutliche Umsatzrückgänge hinnehmen mussten. Die Umsätze der exportierenden Unternehmen wuchsen zwar weniger deutlich als im Vorjahr (+9,5 %), lagen aber mit einem Zuwachs von 4,2 % immer noch im Plus.

Insgesamt konnte rund die Hälfte der Industrieunternehmen ihre Umsätze in 2012 steigern (48,5 %). Dieser Anteil sank im Vergleich zum Vorjahr als noch sechs von zehn Unternehmen Umsatzsteigerung verzeichneten. Umsatzrückgänge musste etwa ein Drittel der Unternehmen hinnehmen. Differenziert nach der Unternehmensgröße verlief die Umsatzentwicklung recht unterschiedlich: Da die Zahl der exportierenden Unternehmen mit der Unternehmensgröße ansteigt, ist der Anteil der Unternehmen mit Umsatzsteigerungen in den Größenklasse mit mehr als 250 Beschäftigten deutlich höher: Sechs von zehn dieser Unternehmen konnten ihren Umsatz steigern, während dies im Schnitt nur 47,9 % der Unternehmen kleinerer Größenklassen gelang. (vgl. Abbildung 9).

Abbildung 9
Entwicklung des Umsatzes im Jahr 2012



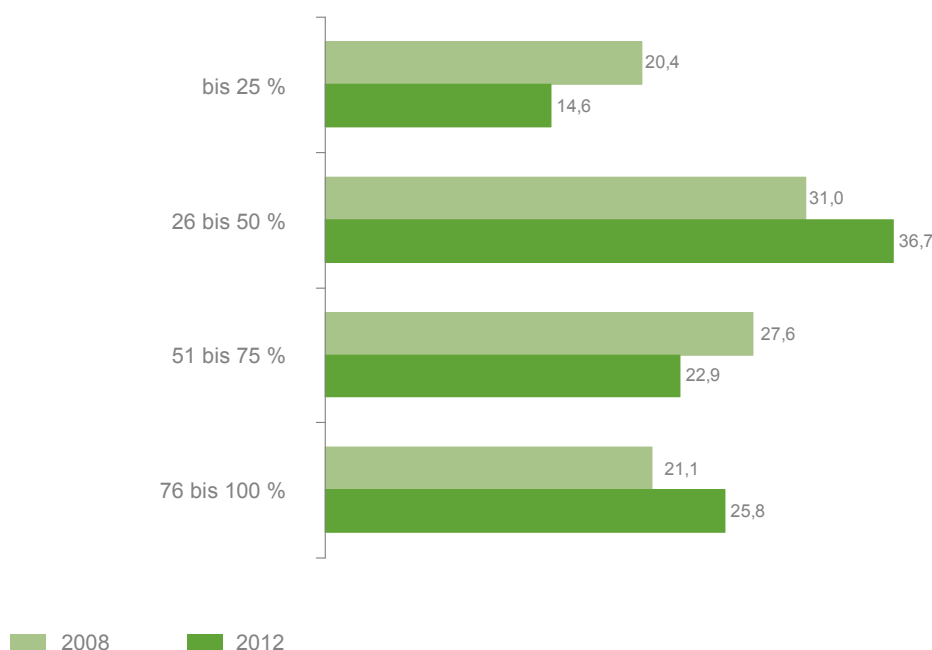
Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 842

© IfM Bonn 1/2013

Umsatzanteil mit wichtigsten Kunden: Abhängigkeit steigt

Im Durchschnitt erzielten die deutschen Industrieunternehmen 37,4 % ihrer Umsätze mit ihren fünf wichtigsten Kunden. Damit befinden sie sich in einer relativ großen Abhängigkeit, die im Vergleich zur Frühjahrsbefragung 2009 (36,7 %) leicht gestiegen ist. Jedes vierte Unternehmen erwirtschaftet drei Viertel oder mehr der Umsätze mit wenigen Abnehmern und befindet sich in relativ großer Abhängigkeit von diesen. Ein stärker diversifiziertes Kundenportfolio weist ein Siebtel der Unternehmen auf. Sie realisieren nur ein Viertel ihres Gesamtumsatzes mit den fünf größten Kunden (vgl. Abbildung 10).

Abbildung 10
Umsatzanteile der deutschen Industrie mit den 5 wichtigsten Kunden



Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 890

© IfM Bonn 1/2013

Wie zu vermuten ist, lassen sich Unterschiede im Diversifizierungsgrad auch in Abhängigkeit vom Industriezweig feststellen. Dieser ist bei Herstellern von Investitionsgütern deutlich niedriger als bei Vorleistungsgüter- und Konsumgüterproduzenten. Von Letzteren erwirtschaftet weniger als ein Siebtel der Unternehmen 75 % und mehr ihrer Umsätze mit ihren fünf wichtigsten Kunden. Im Hinblick auf die Abhängigkeit von einigen wenigen Kunden ist ebenfalls ein deutlicher Größeneffekt zu beobachten: Kleinere Unternehmen (weniger als 100 Beschäftigte) weisen im Schnitt höhere Abhängigkeitsverhältnisse auf. Sie liefern mehr als die Hälfte ihrer Produktion an ihre wichtigsten Kunden. Unter den Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten nimmt dieser Anteil für das Jahr 2012 sukzessive von 41,2 % auf rund 34 % ab.

Zwar kann aufgrund des hohen Spezialisierungsgrades bei einigen Industrieunternehmen kaum von einer diversifizierten Absatzpolitik die Rede sein. Das Geschäftskonzept und die strategische Ausrichtung erlauben aber anscheinend nicht in jedem Fall eine diversifizierte Abnehmerstruktur. Dies erscheint erstrebenswert, drohten während der Wirtschafts- und Finanzkrise doch Unternehmen aufgrund der wirtschaftlichen Probleme einiger weniger Großkunden selbst in Schieflage zu geraten. Die Spezialisierung ist jedoch auch als ein entscheidender Wettbewerbsfaktor anzusehen und wird durchaus als Stärke der deutschen Industrie bezeichnet. Bei großen Abhängigkeiten sind allerdings eine stabile Finanzierungsstruktur und ausreichende Rücklagen unerlässlich.

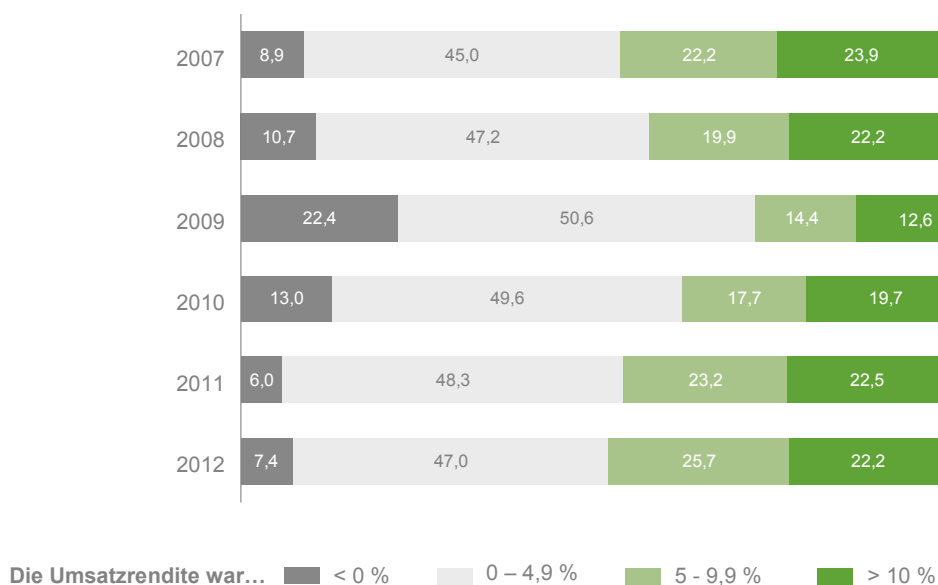
Exportumsätze 2012: Mehrheit der Unternehmen mit Exportplus

Die Umsätze, die die Unternehmen mit dem Export von Waren und Dienstleistungen ins Ausland erzielten, stiegen im Jahr 2012 weiter an (4,4 %). Damit setzte sich auch in dieser Hinsicht die positive Entwicklung der Jahre 2010 und 2011 fort. Insgesamt erzielten 56,1 % der exportierenden Unternehmen ein Exportplus, die kleineren seltener als die größeren (55,6 % bzw. 61,8 %). Da auch die Gesamtumsätze anstiegen, blieb die durchschnittliche Exportquote, d.h. der Anteil des Exportumsatzes am Gesamtumsatz aller Industrieunternehmen, im Vergleich zum Vorjahr mit 43,0 % nahezu konstant.

Umsatzrendite: Bleibt auf Vorjahresniveau

Eine viel beachtete Kennzahl für den Erfolg eines Unternehmens ist die Umsatzrendite vor Steuern, d.h. der Jahresüberschuss vor Steuern im Verhältnis zum Umsatz. Nach einem starken, krisenbedingten Einbruch der Umsatzrendite im Jahr 2009 erholte sich diese bereits im Jahr 2010 und konnte auch für 2011 einen weiteren Aufwärtstrend verzeichnen. Im vergangenen Jahr blieb die Profitabilität der Unternehmen auf konstant hohem Niveau. Knapp die Hälfte der Industrieunternehmen erzielte im Jahr 2012 eine Umsatzrendite von 5 % oder mehr (47,9 %). Weniger als eins von zehn Unternehmen wies eine negative Rendite auf (7,4 %; vgl. Abbildung 11).

Abbildung 11
Verteilung der Umsatzrendite im Zeitverlauf



Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 814

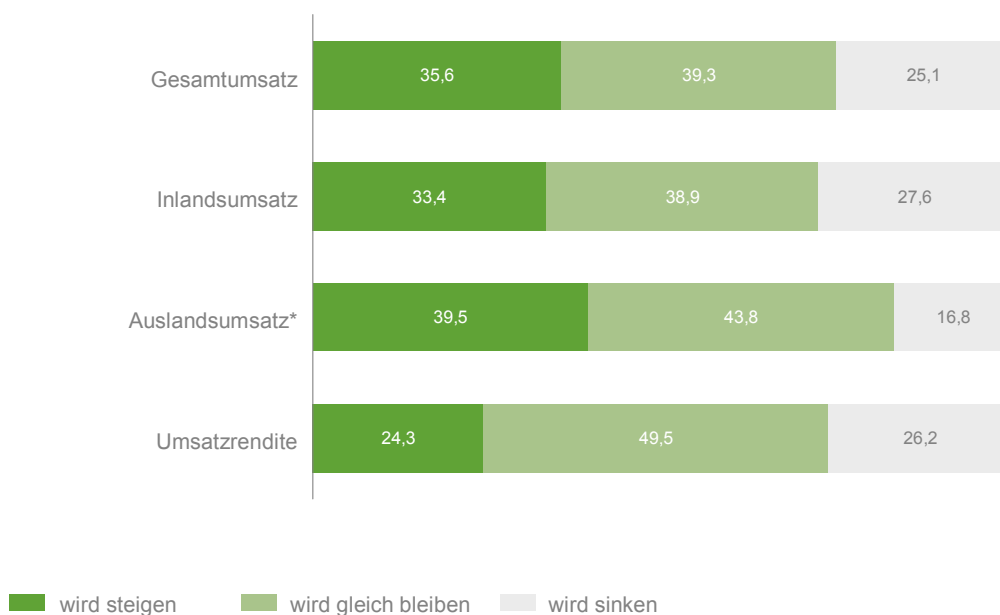
© IfM Bonn 1/2013

Trotz der konjunkturellen Eintrübung im vierten Quartal 2012 bleibt die Renditesituation in der deutschen Industrie damit insgesamt gut. Zwar rutschte rund ein Viertel der Unternehmen in eine niedrigere Renditeklasse. Gleichzeitig schafften jedoch zwei von zehn Industrieunternehmen den Sprung in die nächst höhere Renditeklasse. Als besonders renditestark erwiesen sich im vergangenen Jahr die Hersteller von Konsumgütern. Sie konnten im Vergleich zu den anderen beiden Hauptgruppen des Verarbeitenden Gewerbes überdurchschnittlich stark zulegen. Der private Konsum erweist sich damit aufgrund der stabilen Situation am Arbeitsmarkt und der Expansion der verfügbaren Einkommen als wichtige Stütze der wirtschaftlichen Entwicklung.

Umsatzkennzahlen 2013: Kleinere Unternehmen pessimistischer

Die Erwartungen im Hinblick auf die Entwicklung der Umsatzkennzahlen für das Jahr 2013 sind gemischt. Insgesamt rechnet rund ein Drittel der Industrieunternehmen mit steigenden Umsätzen im In- bzw. Ausland – ähnlich viele wie vor einem Jahr (vgl. Abbildung 12). In Abhängigkeit von der Unternehmensgröße zeigen sich allerdings deutliche Unterschiede: Die Hälfte der Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten erwartet Umsatzzuwächse. Bei den kleineren Unternehmen trifft dies lediglich auf ein Drittel zu. Von sinkenden Umsätzen auf den jeweiligen Märkten geht aktuell ein Viertel der Unternehmen aus, kleinere Unternehmen deutlich häufiger als größere.

Abbildung 12
Für 2013 erwartete Entwicklung zentraler Umsatzkennzahlen



Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 845
*nur Unternehmen mit Export in 2012 | Basis: n = 690

© IfM Bonn 1/2013

Im Hinblick auf die Profitabilität der Unternehmen erwartet die Industrie – unabhängig von der Unternehmensgröße und der Exportorientierung – kaum Veränderungen. Die Hälfte der Industrieunternehmen geht von gleichbleibenden Renditen aus, während sich die Anteile mit positiven und negativen Erwartungen in etwa die Waage halten.

3.2 Beschäftigung in der Industrie: Leichtes Plus trotz Wachstumsdelle

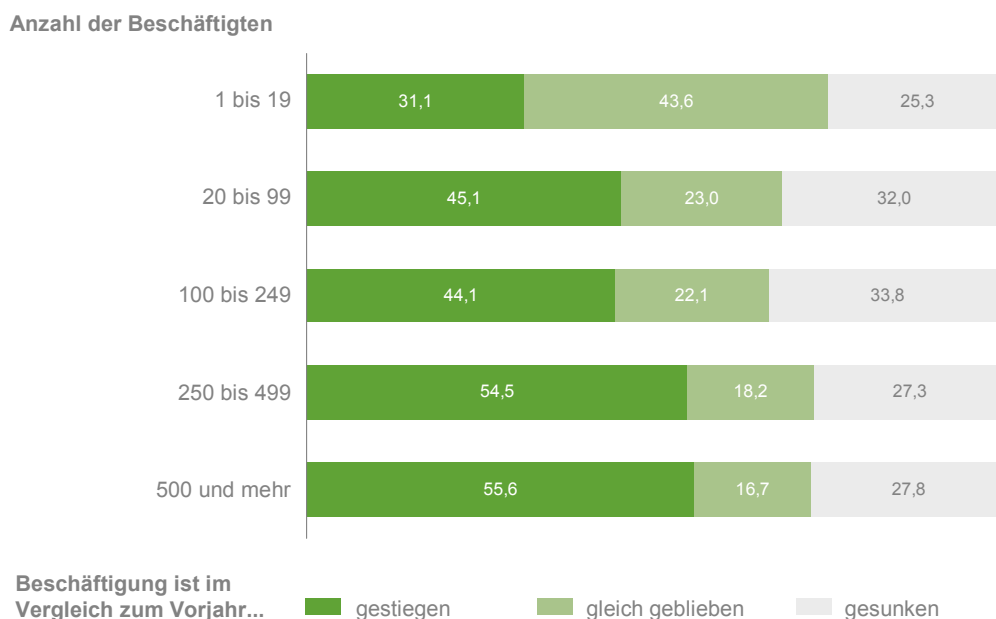
Nach der Wirtschafts- und Finanzkrise konnte in der Industrie im Jahr 2011 erstmals ein Beschäftigungsplus von 1,3 % verzeichnet werden. Die Ergebnisse der aktuellen Frühjahrsbefragung zeigen, dass sich die positive Entwicklung auch für das Jahr 2012 fortsetzte. Trotz der sich abschwächenden Wachstumsdynamik im Jahresverlauf 2012 schufen die industriellen Unternehmen im Jahr 2012 weitere Arbeitsplätze, so dass die Inlandsbeschäftigung im industriellen Sektor insgesamt um 1,3 % anstieg. Beschäftigung aufbauen konnten insbesondere exportorientierte Unternehmen, während die binnenorientierten Unternehmen insgesamt einen leichten Beschäftigungsrückgang verzeichneten.

Mehr als ein Drittel der Unternehmen stellte Personal ein...

Im Frühjahr 2012 plante nur rund jedes fünfte Industrieunternehmen eine Ausweitung der Inlandsbeschäftigung. Dies gelang den aktuellen Ergebnissen zufolge letztendlich jedoch mehr als einem Drittel der Unternehmen

(35,1 %), die damit ihre eigenen Erwartungen übertrafen. Mit der Unternehmensgröße stieg der Anteil der Unternehmen, die im Jahr 2012 Personal einstellten. Besonders positiv gestaltete sich die Beschäftigungsentwicklung in den Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten: Mehr als jedes zweite verzeichnete ein Beschäftigungsplus (vgl. Abbildung 13).

Abbildung 13
Entwicklung der Inlandsbeschäftigung im Jahr 2012



Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 875

© IfM Bonn 1/2013

...aber auch drei von zehn Unternehmen reduzierten den Personalbestand

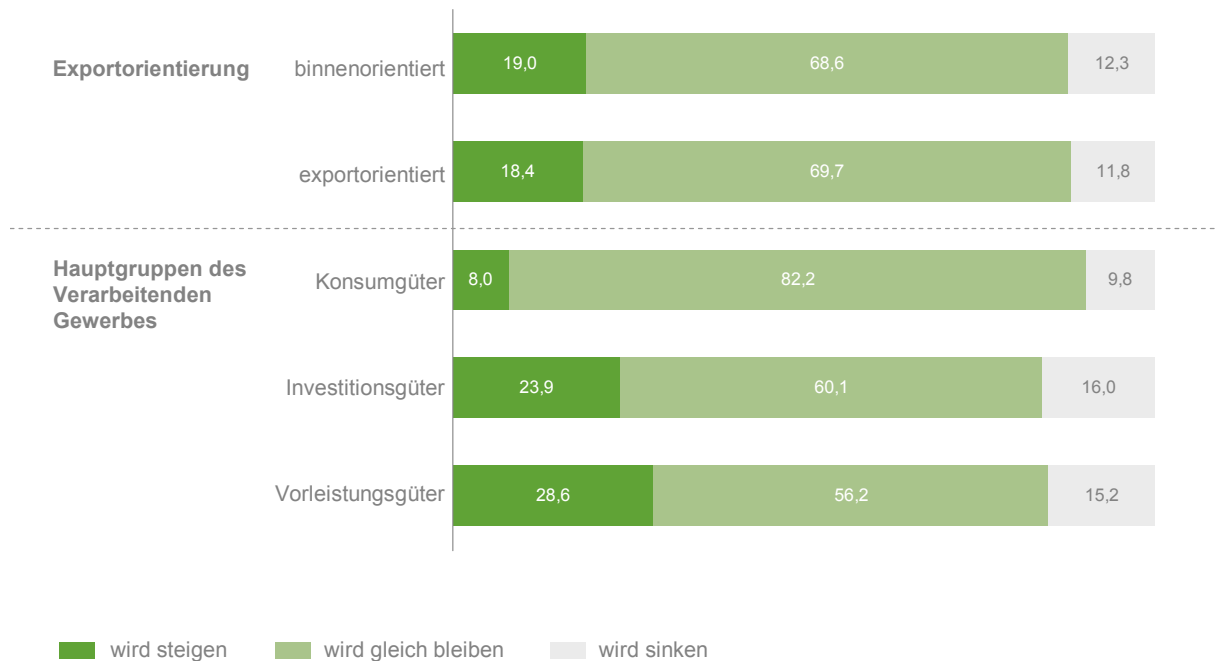
Eine Rückführung der Mitarbeiterzahl sahen im Frühjahr 2012 mit 5,2 % nur wenige Unternehmen vor. Unabhängig von der Unternehmensgröße mussten jedoch drei von zehn Unternehmen in der deutschen Industrie ihren Personalbestand reduzieren. Trotz des Beschäftigungsplus in der Gesamtschau, musste damit eine deutlich höhere Zahl an Unternehmen mit dem Abbau von Beschäftigung auf die nachlassende Wirtschaftsdynamik reagieren als vor einem Jahr prognostiziert – überdurchschnittlich häufig binnenorientierte Unternehmen.

Ausblick 2013: Leichter Beschäftigungsaufbau geplant

Für das laufende Jahr 2013 planen 18,4 % der Industrieunternehmen eine Ausweitung ihrer Inlandsbeschäftigung. Gleichzeitig sieht rund jedes achte Unternehmen einen Beschäftigungsabbau vor. Die aktuellen Konjunkturaussichten deuten auf einen freundlicheren Verlauf in der zweiten Jahreshälfte 2013 hin, so dass insgesamt mit einem weiteren Plus bei der industriellen Beschäftigung zu rechnen ist. Obwohl die exportierenden Unternehmen im abgelaufenen Jahr überdurchschnittlich häufig Personal einstellten, werden die positiven Arbeitsmarkimpulse dieser Unternehmen im laufenden Jahr voraussichtlich nicht in dem gewohnten Maße feststellbar sein. Wie auch im Vorjahr planen innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes vor allem die Vorleistungsgüterproduzenten eine Ausweitung ihrer Personalkapazitäten. Auch von den Herstellern von Investitionsgütern sind stärkere Impulse für den Arbeitsmarkt zu erwarten als von den Konsumgüterproduzenten – trotz der überraschend guten Renditesituation (vgl. Abbildung 14).

Im Hinblick auf die Nutzung von Leiharbeit sind aus Sicht der Industrie kaum Veränderungen für das Jahr 2013 geplant: Mehr als acht von zehn Unternehmen beabsichtigen, die Zahl ihrer Leiharbeitskräfte konstant zu halten - insbesondere kleine und binnenorientierte Unternehmen. Rund jedes achte Unternehmen strebt eine Rückführung der Mitarbeiter auf Leihbasis an und mit 4,7 % planen nur wenige Unternehmen eine Aufstockung des Leiharbeiterkontingents.

Abbildung 14
Für 2013 erwartete Entwicklung der Inlandsbeschäftigung



Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 872

© IfM Bonn 1/2013

Zusammenfassend kann konstatiert werden, dass sich die deutsche Industrie trotz aller Unwägbarkeiten in einer robusten Verfassung befindet. Die Industrieunternehmen verzeichneten für 2012 – trotz der nachlassenden Wirtschaftsleistung am Ende des Jahres – insgesamt eine positive Entwicklung bei Umsatz und Beschäftigung. Trotz der zunehmenden Signale für einen Aufwärtstrend im weiteren Jahresverlauf dürften insbesondere die rezessiven Entwicklungen im Euroraum die Unternehmen weiter belasten. Die eher vorsichtigen Prognosen für den weiteren Verlauf des Jahres 2013 deuten auf diese verbleibenden Risiken hin.

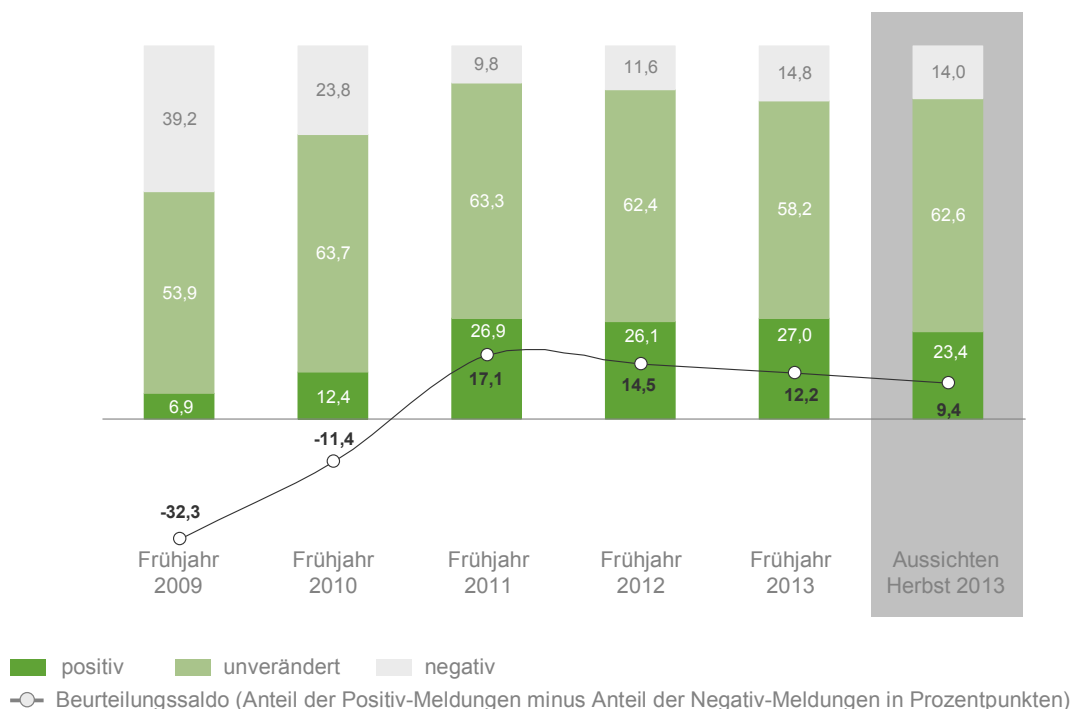
4 Investition und Finanzierung

Die aktuellen Finanzierungsbedingungen der deutschen Industrieunternehmen sind stabil und bleiben bisher von der europäischen Staatsschuldenkrise nahezu unberührt. Auch für die kommenden Monate geht der industrielle Mittelstand weitestgehend von einer stabilen Finanzierungslage aus. Zudem haben die industriellen Unternehmen ihre stabile Geschäftslage des vergangenen Jahres genutzt, um ihre Eigenkapitalbasis weiter aufzustocken und schaffen damit gute Voraussetzungen für zukünftige Investitionsvorhaben. Insgesamt ist die Investitionsbereitschaft im Jahr 2012 leicht gesunken, wird im Jahresverlauf 2013 wieder ansteigen.

4.1 Stabile Finanzierungsbedingungen der deutschen Industrie

Die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen müssen – nicht nur in Deutschland – momentan vor einem makroökonomischen Spannungsfeld aus Staatsschuldenkrise, Zins- und Währungspolitik und den anstehenden Regulierungen im Finanzsektor betrachtet werden. Für den deutschen Kontext belegen die Frühjahrsergebnisse des BDI-Mittelstandspanels derzeit eine stabile Lage der deutschen Industrieunternehmen hinsichtlich der Unternehmensfinanzierung: Die Mehrheit der Unternehmen spürt keine Veränderungen ihrer Finanzierungsbedingungen, während der Anteil der Unternehmen, die eine Verbesserung bzw. Verschlechterung verzeichneten jeweils leicht gestiegen ist. Insgesamt erreicht der Bewertungssaldo mit einem leichten Minus von 2,3 Punkten gegenüber dem Frühjahr 2012 einen Wert von 12,2 (vgl. Abbildung 15). Auf Halbjahressicht erwarten die Unternehmen mehrheitlich keine Veränderungen ihrer Finanzierungsbedingungen.

Abbildung 15
Entwicklung der Finanzierungsbedingungen im Zeitverlauf



Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 917

© IfM Bonn 1/2013

Kleinere Unternehmen spüren positive Entwicklung

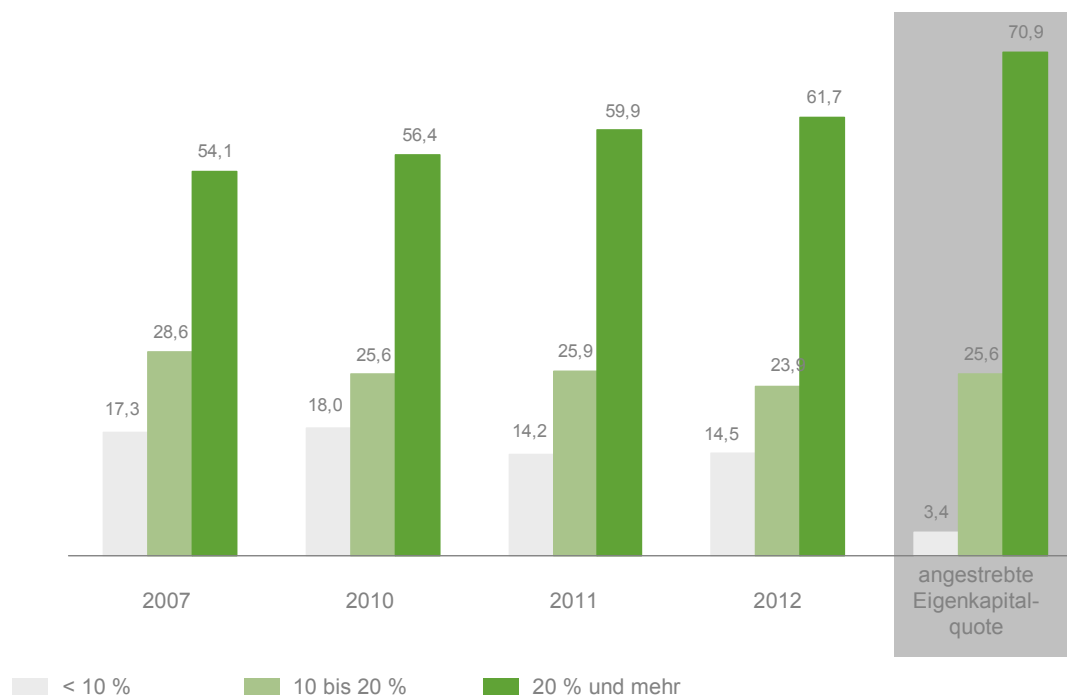
Insbesondere Unternehmen der unteren Größenklassen (weniger als 100 Beschäftigte) spürten im vergangenen Jahr eine Verbesserung ihrer Finanzierungssituation und erwarten ein Fortschreiten dieser Entwicklung in den nächsten sechs Monaten. Diese, häufig stark binnenorientierten Unternehmen beurteilen ihre Geschäftslage –

trotz im Vergleich mäßiger Entwicklung der Unternehmenskennzahlen – momentan überdurchschnittlich häufig positiv.

Eigenkapitalbasis weiter ausgebaut

Eine entscheidende Größe für die Bewertung der Bonität eines Unternehmens ist neben der Ertragssituation die Eigenkapitalausstattung. Trotz der Wirtschaftskrise ist es den Unternehmen der deutschen Industrie gelungen, diese wichtige Kenngröße sukzessive auszubauen. Aktuell verfügen rund sechs von zehn Unternehmen über eine Eigenkapitalquote von mehr als 20 % (2007: 54,1 %). Auch mittelfristig planen die Industrieunternehmen eine Ausweitung ihrer finanziellen Basis. Insgesamt sieben von zehn Unternehmen streben eine Eigenkapitalquote von mehr als 20 % an (vgl. Abbildung 16).

Abbildung 16
Entwicklung der Eigenkapitalquote im Zeitverlauf



Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 817

© IfM Bonn 1/2013

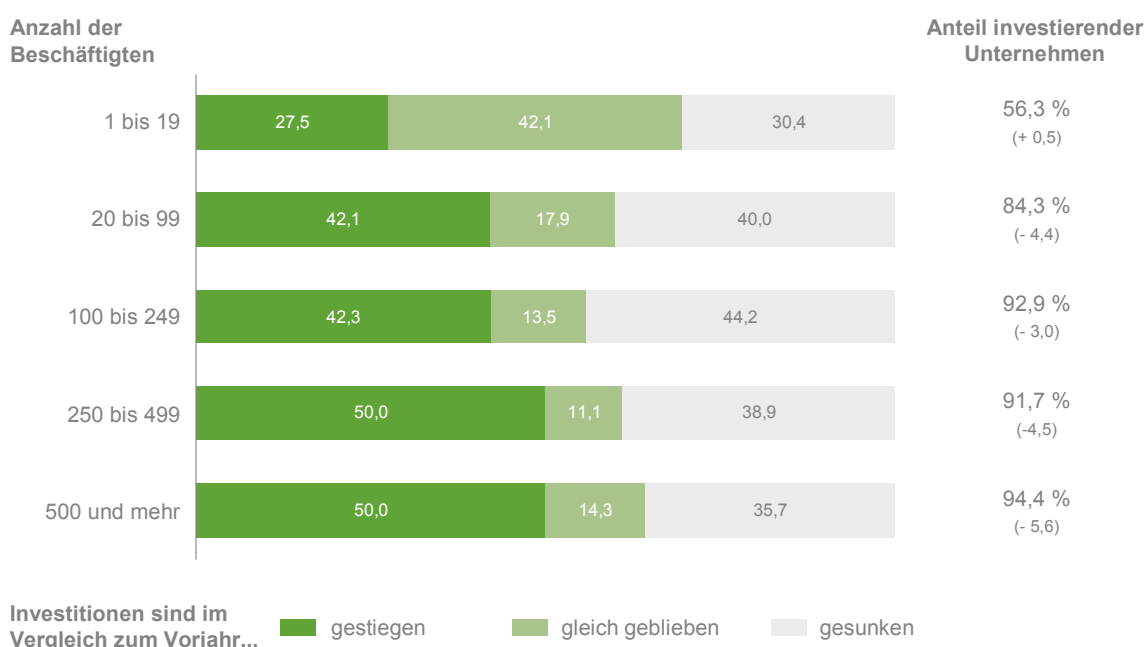
Deutliche Unterschiede in der Eigenkapitalstruktur zeigen sich in Abhängigkeit von der Unternehmensgröße: Der Anteil der Unternehmen mit einer Eigenkapitalquote von mehr als 20 % steigt mit der Größenklasse kontinuierlich. Neben der Unternehmensgröße steht auch der Industriezweig in einem Zusammenhang mit der Eigenkapitalsituation der Unternehmen: Während bereits heute rund drei Viertel der Hersteller von Vorleistungs- und Investitionsgütern über eine Eigenkapitalquote von mehr als 20 % verfügen, ist es unter den Konsumgüterproduzenten lediglich jedes zweite Unternehmen.

Die Eigenkapitalsituation ist neben den Erträgen eine der wichtigsten Größe wenn es um die Bonitätsbewertung der Unternehmen geht. Entsprechend hilft eine gute Eigenkapitalausstattung den Unternehmen bei der Finanzierung zukünftiger Investitionsvorhaben. Hier hat die deutsche Industrie mit der Aufstockung ihrer Eigenkapitalbasis gute Voraussetzungen für die zukünftige Umsetzung von Investitionsprojekten geschaffen und ist gleichzeitig bei etwaigen Nachfrageausfällen finanziell gut aufgestellt.

4.2 Investitionsverhalten der deutschen Industrie: Konstant hohes Niveau

Die Investitionsbereitschaft der deutschen Industrie kann als Gradmesser ihrer wirtschaftlichen Erwartungen betrachtet werden. So erholten sich die Investitionsbereitschaft und auch die Wirtschaftslage der Unternehmen nach dem krisenbedingten Einbruch in 2009 recht schnell. Dieser Aufwärtstrend setzte sich auch im Jahr 2011 fort: Der Anteil der in Sachanlagen investierenden Unternehmen stieg seit 2009 kontinuierlich an, erreichte im Jahr 2011 wieder das Vorkrisenniveau (65,1 %) und blieb im abgelaufenen Jahr 2012 nahezu auf konstant hohem Niveau (64,5 %). Insbesondere kleine Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten zeigten eine leicht höhere Investitionstätigkeit als im Vorjahr, während in den übrigen Unternehmensgrößenklassen der Anteil der investierenden Unternehmen zwar zurückgegangen ist, sich aber nach wie vor auf hohem Niveau bewegt (vgl. Abbildung 17).

Abbildung 17
Entwicklung der Unternehmensinvestitionen im Jahr 2012



Angaben in Prozent | () Veränderung i.V. zum Vorjahr in Prozentpunkten | Werte hochgerechnet | Basis: n = 616

© IfM Bonn 1/2013

Konsumgüterproduzenten steigerten Investitionsbereitschaft

Unterschiede zeigen sich auch bei Berücksichtigung des Industriezweigs: Gegenüber 2011 haben insbesondere die Hersteller von Konsumgütern ihre Investitionen überdurchschnittlich häufig gesteigert. Aktuell investierten knapp zwei Drittel der Unternehmen dieser Hauptgruppe des Verarbeiteten Gewerbes (+11,1 Prozentpunkte). Im Vergleich dazu ist der Anteil der investierenden Unternehmen unter den Herstellern von Investitionsgütern leicht gesunken, während der Investitionswille der Vorleistungsgüterproduzenten in 2012 deutlich nachgelassen hat.

Unternehmen investieren mehr als geplant

Trotz leicht gesunkener Investitionsbereitschaft im zurückliegenden Jahr ist das Investitionsvolumen gestiegen und zwar stärker als noch vor einem Jahr geplant. Eine Steigerung der Investitionssumme erfolgte im Durchschnitt bei einem Drittel der Industrieunternehmen. Wie auch in den vergangenen Jahren zeigen sich hier in Abhängigkeit von der Unternehmensgröße deutliche Unterschiede: Von den Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten er-

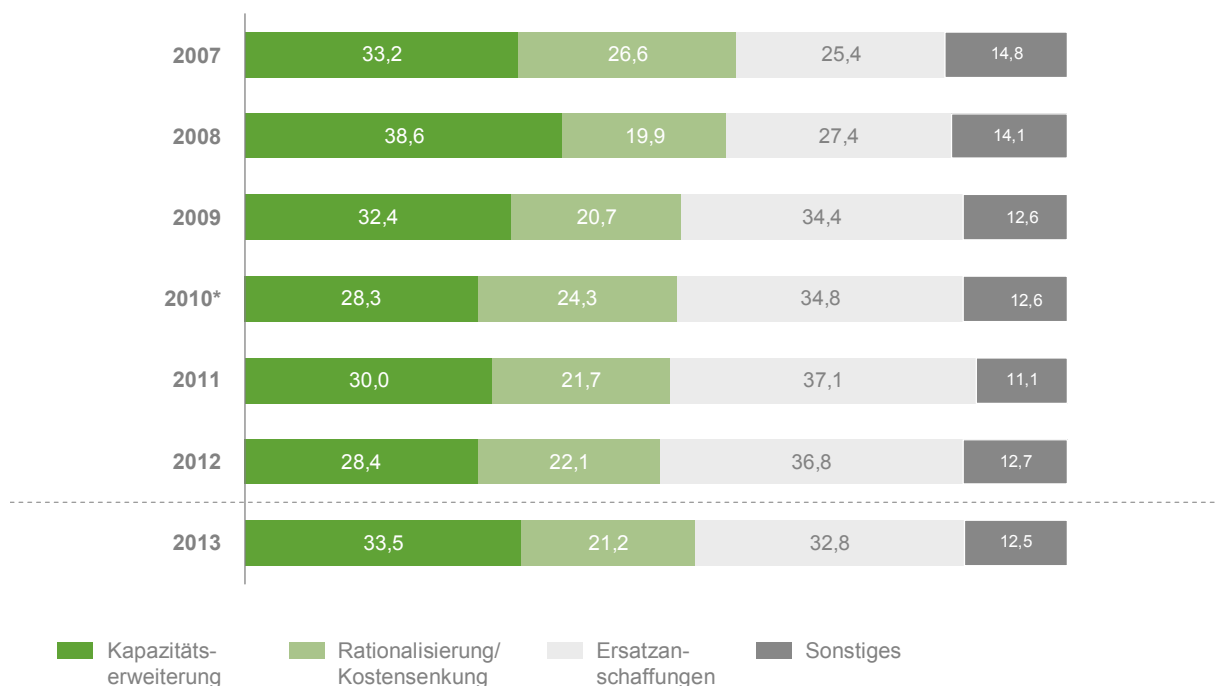
höhe die Hälfte ihr Investitionsvolumen, während dies bei den Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten seltener der Fall war (zwischen 27,5 und 42,3 % dieser Unternehmen; vgl. Abbildung 17).

Investitionen 2013: Kaum Veränderungen erwartet

Im Vergleich zur Entwicklung der Investitionen in Sachanlagen im zurückliegenden Jahr 2012 dürften sich für das laufende Jahr nur leichte Veränderungen ergeben. Den aktuellen Planungen zufolge wird der Anteil der investierenden Unternehmen auf 67,4 % steigen. Insbesondere unter den Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten sinkt die Investitionsneigung. Diese Unternehmen hatten sowohl in 2011 als auch in 2012 ihre Investitionstätigkeiten ausgeweitet, so dass für das laufende Jahr geringerer Investitionsbedarf bestehen dürfte.

Ähnlich wie bezüglich des Anteils investierender Unternehmen sind auch hinsichtlich der Investitionssummen nur geringe Veränderungen zu erwarten. Unabhängig von der Unternehmensgrößenklasse plant im weiteren Jahresverlauf ein Drittel der Unternehmen, die Investitionen im Vergleich zum Jahr 2012 aufzustocken. Besonders häufig wollen Hersteller von Vorleistungsgütern ihre Investitionsbudgets ausweiten. Aufgrund ihrer Zurückhaltung im Jahr 2012 scheinen diese nun einen größeren Nachholbedarf zu haben. Für knapp vier von zehn investierenden Unternehmen wird sich der Umfang der Investitionen nicht verändern (38,8 %), knapp drei von zehn planen, im Jahr 2013 weniger zu investieren. Die Investitionserwartungen fügen sich damit in die Umsatzprognosen der mittelständischen Industrieunternehmen und die Planungen zum Personalbestand ein, die für das laufende Jahr stabil bis verhalten optimistisch sind.

Abbildung 18
Verteilung des Investitionsvolumens nach Investitionszielen im Zeitverlauf



*geschätzte Werte aufgrund der Planungen in 2009 | Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 632

© IfM Bonn 1/2013

Erneuerung des Anlagevermögens in 2012 dominierendes Investitionsziel...

Im Kontext der konjunkturellen Eintrübung im Verlauf des letzten Jahres bleibt das wichtigste Ziel industrieller Investitionen in 2012 die Ersatzanschaffung. Im Zuge des konjunkturellen Abschwungs 2008/2009 investierten die Unternehmen einen zunehmenden Teil ihres Investitionsbudgets in die Erneuerung des Anlagevermögens. Im Jahr 2011 wurden rund vier von zehn Investitions-Euro für Ersatzanschaffungen eingesetzt und auch im Jahr 2012

waren es 36,8 % des gesamten Investitionsvolumens. Allerdings werden die Ersatzanschaffungen als Investitionsziel im laufenden Jahr voraussichtlich an Bedeutung verlieren (32,8 %; vgl. Abbildung 18).

...mehr Ausgaben für Kapazitätserweiterung für 2013 geplant

Während der Rezession und der starken Unterauslastung der Kapazitäten gingen die Erweiterungspläne der Unternehmen deutlich zurück. In der Phase des anschließenden wirtschaftlichen Aufschwungs im Jahr 2010 wurden dann zunächst die vorhandenen Kapazitäten wieder ausgeschöpft, die Investitionsbudgets zu Gunsten von Rationalisierung und Kostensenkung umverteilt. Im Jahr 2011 stieg der Anteil der Investitionsausgaben, der in das Aufstocken der Produktionskapazitäten floss, erstmals wieder. Für das abgelaufene Jahr sank der Anteil der Erweiterungsinvestitionen an der gesamten Investitionssumme zwar leicht auf 28,4 %, blieb jedoch knapp über dem Niveau von 2010. Für 2013 ist allerdings mit einem deutlichen Anstieg zu rechnen.

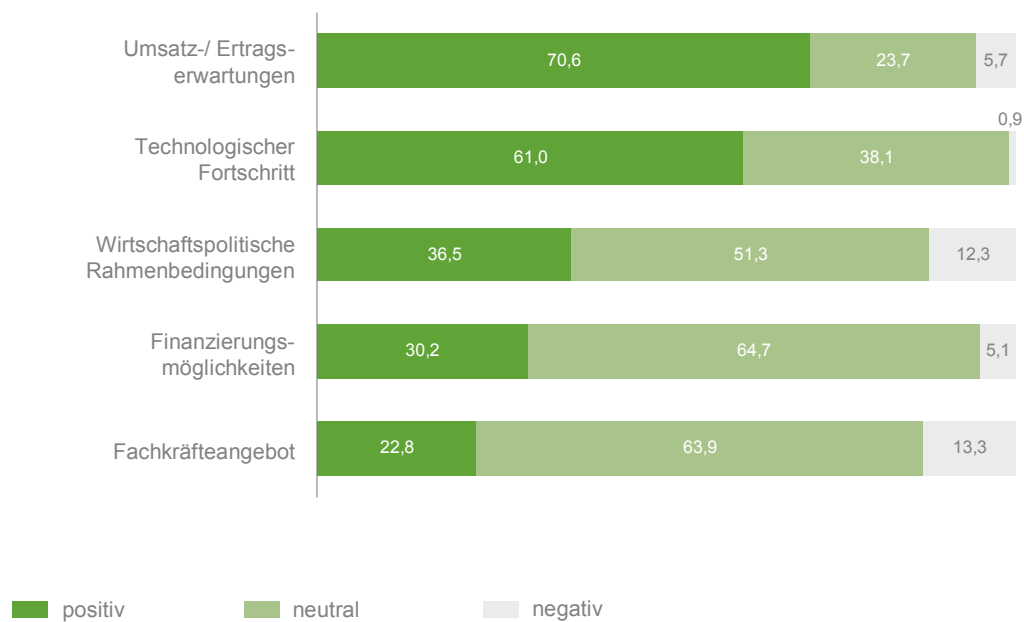
Investitionen zur Rationalisierung und Kostensenkung rückten in den Jahren des konjunkturellen Aufschwungs insbesondere in den industriellen Großunternehmen in den Fokus. Die Nutzung derartiger Potenziale scheint jedoch bei vielen Unternehmen zunächst weitestgehend ausgeschöpft zu sein. Der Anteil dieses Investitionsziels an der Investitionssumme bleibt nahezu konstant und lag im vergangenen Jahr bei 22,1 %. Dieser Wert liegt leicht über dem Vorkrisenniveau und wird im laufenden Jahr voraussichtlich wieder etwas sinken.

Umsatz- und Ertragswartungen Hauptgrund für Investitionswachstum

In der aktuellen Befragung wurden die deutschen Industrieunternehmen gebeten, verschiedene Faktoren im Hinblick auf ihre Bedeutung für zukünftige Investitionen einzustufen. Aus Sicht der Industrie mit eindeutigen Ergebnis: Unabhängig von Unternehmensgröße und Exportorientierung sehen 70,6 % ihre Umsatz- und Ertragswartungen als Hauptantrieb für zukünftige Investitionen (vgl. Abbildung 19).

Abbildung 19

Einflussfaktoren auf die zukünftige Investitionstätigkeit aus Sicht der Industrie



Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 826

© IfM Bonn 1/2013

Dieser Befund belegt die hohe Interdependenz zwischen der konjunkturellen Entwicklung im Allgemeinen, dem wirtschaftlichen Fortkommen der Unternehmen im Besonderen und dem sich daraus ergebenden Investitionsgeschehen. Der technologische Fortschritt beeinflusst in sechs von zehn Industrieunternehmen die Investitionstätigkeiten positiv. Das sehen Unternehmen der oberen Größenklassen (mehr als 100 Beschäftige) deutlich häufiger so als kleinere Unternehmen (73,9 % vs. 59,1 %). Im Vergleich zu 2008 haben die Umsatz- und Ertragsserwartungen den technologischen Fortschritt als Hauptstimulus für Investitionen auf Platz zwei verdrängt.

Auf Platz drei der Investitionen beeinflussenden Faktoren stehen günstige wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen. Einen positiven Einfluss dieses Faktors auf die Investitionstätigkeit sieht rund ein Drittel der Unternehmen. Jedes achte Unternehmen sieht den politischen Einfluss skeptischer und geht von negativen Effekten auf ihre Investitionstätigkeit aus. Mehrheitlich investitionsneutral sind aus Sicht der Industrie die Finanzierungsmöglichkeiten und das Fachkräfteangebot, denen 64,7 % bzw. 63,9 % der Unternehmen keinen Einfluss auf ihre zukünftigen Investitionen zusprechen.

Anhang

Anmerkungen zur Zielgruppe und Methode

Die Grundgesamtheit des BDI-Mittelstandspanels setzt sich aus allen deutschen Industrieunternehmen der Wirtschaftsabschnitte „Verarbeitendes Gewerbe“, „Baugewerbe“, „Energie- und Wasserversorgung“ sowie „Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“ zusammen. Bei der ersten Erhebung im Frühjahr 2005 beteiligten sich rund 2.600 Unternehmen aus einer repräsentativen Stichprobe der Grundgesamtheit an der Befragung. Diese Unternehmen wurden in den nachfolgenden Erhebungen regelmäßig befragt. Im Rahmen der Frühjahrsbefragung 2008 wurden zusätzlich gut 14.000 Unternehmen zur Teilnahme aufgefordert. Der Einladung folgten rund 1.250 Unternehmen. Unter Berücksichtigung der laufend stattfindenden Adressbereinigung betrug die Bruttostichprobe der nunmehr sechzehnten Welle 2.925 Unternehmen. Von den angeschriebenen Unternehmen liegen auswertbare Rückläufe von 935 Unternehmen vor (Rücklaufquote ca. 32,0 %).

Die Gesamtzahl der deutschen Industrieunternehmen ist auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche und Beschäftigtengrößenklassen ungleich verteilt. Daher wurde die Bruttostichprobe des BDI-Mittelstandspanels umgekehrt proportional nach Beschäftigtengrößenklassen geschichtet, um sicherzustellen, dass in den verschiedenen Unternehmensgrößenklassen ausreichend viele Antworten erzielt werden. Im Segment der Unternehmen mit 200 und mehr Mitarbeitern wurde eine Vollerhebung durchgeführt; in den unteren Größenklassen erfolgte eine Zufallsauswahl.

Um von der Stichprobe auf die Grundgesamtheit schließen zu können, wurden die Befragungsergebnisse gewichtet bzw. hochgerechnet. Anhand der Schätzung der Unternehmensanzahl und der Beschäftigtenzahl deutscher Industrieunternehmen je Beschäftigtengrößenklasse gemäß amtlicher Statistiken wurde die Stichprobe nach dem Verfahren „Soll durch Ist“ der Grundgesamtheit angepasst. Im Rahmen der Auffüllung der Stichprobe mit neuen Unternehmen im Frühjahr 2008 wurde die Konzeption der Hochrechnung leicht modifiziert: Anstatt wie bislang quantitative Angaben mit drei verschiedenen Faktoren (Umsatz, Investitionen, Beschäftigte) hochzurechnen, werden nun alle quantitativen Größen ausschließlich anhand der Beschäftigungszahlen hochgerechnet. Dies führt dazu, dass die aktuell publizierten Ergebnisse nicht mehr zwingend mit denen früherer Publikationen vergleichbar sind.

Der vorliegende Ergebnisbericht
steht als Download unter
www.bdi-panel.emnid.de
zur Verfügung.

Bundesverband der
Deutschen Industrie (BDI) e. V.
www.bdi.eu

Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
www.de.ey.com

IKB Deutsche Industriebank AG
www.ikb.de